

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Arbeiternot durch Nordwollepleite

16-Stunden-Woche im Leipziger Konzernbetrieb eingeführt

Leipzig, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Die zum Nordwolle-Konzern gehörige Säch-
sische Wollgarnfabrik G. m. b. H., vorm. Tittel
u. Krüger in Leipzig hat sich veranlaßt gesehen, ab
13 Juli die Arbeitszeit auf 16 Stunden pro
Woche herabzusetzen.

Das Wirtschaftsverbrechen Nordwolle hat seine verhäng-
nisvollen Konsequenzen. Es hat nicht nur zu schwersten Er-
schütterungen des deutschen Kredits geführt und hat die
Banken, die bei dem Wollkonzern engagiert sind, in
größte Schwierigkeiten gebracht — es führt vielmehr direkt
auch zur Verschärfung der Krise auf dem Arbeitsmarkt und
zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter.

Die Firma Sächsische Wollgarnfabrik G. m.
b. H. vorm. Tittel u. Krüger in Leipzig ist seit 1927
dem Nordwolle-Konzern angegliedert. Die Lage und der
Auftragsbestand des Unternehmens war verhältnismäßig
günstig, es beschäftigt etwa 500 Angestellte und
2200 Arbeiter.

Nun hat die Firma, ohne Befragen des Betriebs-
rats für einen sehr erheblichen Teil der Belegschaft die
16-Stunden-Woche angeordnet.

Diese Anordnung ist eine Folge der Nordwollepleite.
Kurzarbeit von 16 Stunden ist natürlich Lohnkürzung
auf ein Minimum! Die Textilarbeiter müssen die Verbrennen
unfähiger Wirtschaftsführer am eigenen Leibe verspüren.

Angeichts dieser verhängnisvollen Rückwirkungen for-
dern wir, daß die Nordwollepleite gründlich durchleuchtet
wird. Wir fordern, daß sich die zuständige Staatsanwaltschaft
mit diesem Zusammenbruch beschäftigt. Das Geständnis der
Verwaltung, daß die innerhalb des Konzerns angewandten
Buchungsmethoden die Verluste verschleiern haben, ist hin-
weis genug dafür, wo die Strafrechtlich einzusehen hat!

Prolongation des BVB-Kredites.

Bevorstehende Einigung. — 20 Prozent werden sofort
zurückgezahlt.

Die Verhandlungen, die der Magistrat zur Zeit mit dem
unter Führung der Danat-Bank stehenden Bankenkonkordatium wegen
der Prolongation des bereits in diesem Monat fällig werdenden
BVB-Kredites in Höhe von 140 Millionen Mark
führt, sind noch zu keinem Abschluß gekommen. Wie wir erfahren,
werden jedoch die Ausschüsse für eine Prolongation im Rathaus
als günstig bezeichnet. Die Stadt wird voraussichtlich eine Quote
von 20 Proz., die aus einem Tilgungsfonds sofort zahlbar wäre,
sogar zurückzahlen. Für die restlichen 80 Proz. des Kredites
hofft man eine Prolongation zu erzielen. Auf dieser Grundlage
dürfte es zu einer Einigung kommen.

Akkordlohn im Donezgebiet.

Gegen die schädliche Schädlingebekämpfung.

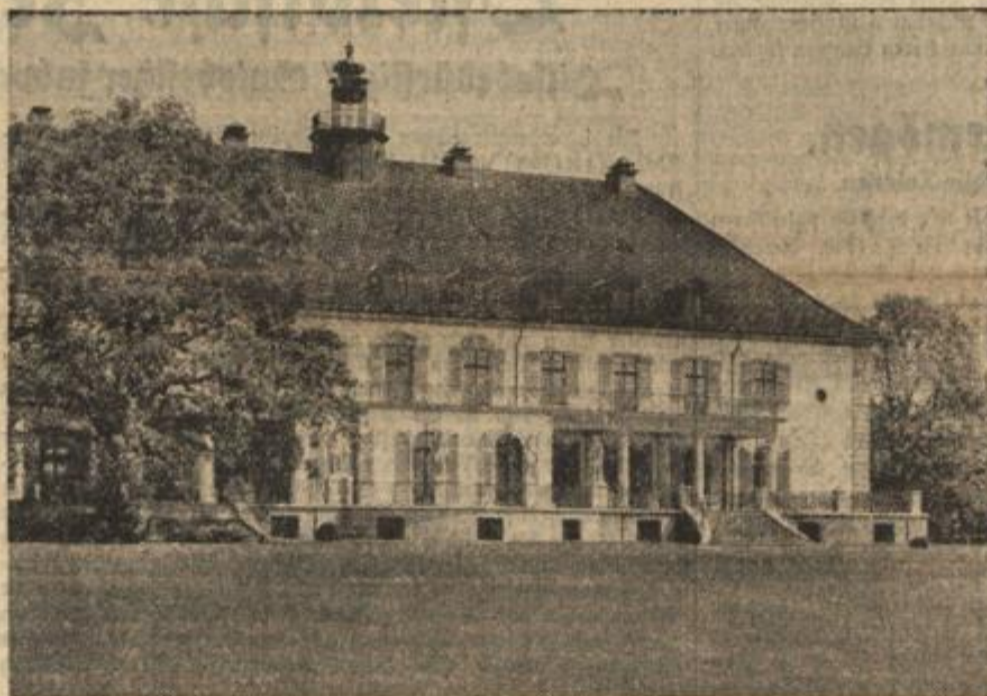
Moskau, 9. Juli.

Molotoff, Stalin und der Vorsitzende des Obersten Volkswirt-
schaftsrates, Ordshonikidze, haben einen Aufruf an die Partei- und
die Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen des Donezbeckens
über die Aufgaben der Kohlenindustrie im Donezbecken gerichtet. Im
Laufe von zwei Monaten soll mit der Nivellierung der
Arbeitslöhne aufgeräumt und spätestens am 1. September
85 bis 90 Proz. der Untertagearbeiter sowie mindestens 70 Proz. der
übrigen Arbeiter auf Akkordlohn umgestellt werden.

Der Aufruf fordert pünktliche Belieferung der Arbeiter, der
Ingenieure und des technischen Personals mit Industriewaren, sowie
Verbesserung der öffentlichen Spielstätten und der Wohnungs-
verhältnisse. „Indem der Kampf gegen offenkundige Schädlinge-
elemente fortgesetzt wird“, so schließt der Aufruf, „müssen die Partei-
Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen bessere sachliche
Beziehungen zu den gewissenhaft arbeitenden Ingenieuren und
Technikern in die Wege leiten und den hingebungsvoll arbeitenden
Ingenieuren und Technikern allseitige Unterstützung zuteil werden
lassen.“

„Herrenhaus Hohehorst“

Der märchenhafte Luxus im Schloß des Bremer Wollkönigs



Schloß
Hohehorst
bei
Bremen

Man schrieb den 14. Februar 1930. An diesem Abend sahen
die millionenschweren Pfeifferjüde der Hansestadt Bremen zum
385. Male an der silbergedeckten Tafel der sogenannten Schaffer-
mahizeit. Unter den Gästen dieser illustren Gesellschaft befand
sich auch der damalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht.
Als die Feste ihren Höhepunkt erreichte, erhob sich Herr
Dr. Schacht zu einer Rede, deren zynische Schlussätze lauteten:

„Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentners,
der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche
Versorgungsscheine, einschließlich der Sterbekasse mitbekommt. Wir
fühlen uns nicht als Bürger des Staates, sondern wir fühlen
uns als Wohltatsempfänger eines uns fremden
staatlichen Organismus, der irgendwo in der
Luft schwebt.“

Diese Worte waren Musik in den Ohren der Millionäre und der
stürmische Beifall wollte kein Ende nehmen. Dann verließ der
Lichterglanz und der Mächtigste an jener Tafel, der Bremer Woll-

könig G. Carl Lahusen, Herr über den jetzt zusammen-
gebrochenen Konzern der Norddeutschen Wollkammerei und Kam-
garnspinnerei, fuhr auf sein Lustschloß Hohehorst, den in-
famen Hohn des Herrn Dr. Schacht auf Millionen armer deutscher
Rentenempfänger noch im Gehör.

Der Verlag Ernst Wasmuth A.-G. in Berlin hat unter dem
Titel „Herrenhaus Hohehorst bei Bremen“ ein prachtvolles Werk
über das Königsschloß der Familie Lahusen herausgegeben.

Fast zwei lange Jahre hindurch, von 1928 bis 1929, ist eine
ganze Armee erlesenster Baukünstler damit beschäftigt gewesen,
den prunkenden Bau zu errichten.

Sieben Architekten und ein Gartenarchitekt, acht Bildhauer und vier
Kunstmalere, sechs Meister des Kunstgewerbes und 47 Industrie- und
Handwerkfirmen aus allen Gauen Deutschlands schufen das Schloß.

„Die gestreckte und dennoch kubisch wirkende Masse des weißen
Hauses von Hohehorst, seine sichere Verbindung mit dem grünen
Boden, die wie Spiel nerviger Rüsteln wirkende Gliederung des
Baukörpers durch die Fenster und die grauen Läden und durch die
Lichter und durch die Schatten der Vorbauten und ihrer Bronze-
geländer, die Versammlung der elf Achsen gegen die Mitte des
Baues, ihre behäbige Plantierung durch glatte, nur an den Ecken
im weißgrauen Sandstein gequaderete breite Mauerstreifen, die ruhig
gestreckte Pyramide des mit schwarzen Pfannen gedeckten Wohndachs
mit dem unaufdringlichen, aber sicher stehenden Dachreiter aus
Kupfer, dies und der gewählte bildhauerische Schmuck in Stein und
Bronze sind Eigenschaften von beinahe zeitloser Gediegenheit und
selbstverständlich wirkender und darum gewinnender Einfachheit.“

In dieser Sprache beschreibt Werner Hegemann den Bau, dessen
„gewinnende Einfachheit“ immerhin so provozierend auf die bettel-
armen Arbeiter und Arbeiterinnen des Nordwolle-Konzerns wirkt,
daß die Familie Lahusen vorförmlich das Herrenhaus Hohehorst mit
nicht weniger als 3 600 000 Mark gegen Aufruhr versichern ließ.
Aber auch ansonsten hat es eine eigene Bewandnis mit dieser
„gewinnenden Einfachheit“.

Da gleich zum Beispiel an dem wuchtigen Treppengeländer kein
einziges Pfeiler dem anderen, wie der Hamburger Bildhauer
Kunstmann weiter nichts zu tun hatte, als diese einzigartige
holzgerahmte Treppe zu schaffen,

auf der den Gast Jäger, Bauern, Schäfer, Säemann, Hirschkühe,
Wappen, Rüstungen und Eisen auf dem Weg hinan begleiten. Das
Oberlicht der Haustür und die Füllungen schuf wieder ein anderer
Bildhauer, was man an Sandstein zum Hause brauchte, wurde

Die Schuld der Privatwirtschaft

Der Reichsarbeitsminister klagt an.

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat in Hamm
über die Fehler der Privatwirtschaft gesprochen.
Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ihn deswegen angegriffen.
Stegerwald antwortet darauf in der „Germania“:

„In den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich
Staats- und Privatwirtschaft zusammengesetzt und ge-
meinschaftlich überlegt, welche Folgerungen aus den
Fehlern der Vergangenheit zu ziehen seien. Die öffent-
liche Wirtschaft in Deutschland ist dabei, für sich ein
Gleiches zu tun. Die deutsche Privatwirtschaft
dagegen hat, von Ausnahmen abgesehen, bis in die
jüngste Zeit immer alle Schuld an der gegenwärtigen
deutschen Wirtschaftsmisere auf den Staat ab-
gewälzt, um die eigenen Hände in Unschuld zu waschen.
Gegen diese Methode, die zudem falsch ist, ist in Hamm
auch deswegen Stellung genommen worden, weil damit
der Weg zu einer wirklichen deutschen Wirt-
schaftsgesundung anstatt freigemacht immer
wieder neu versperrt wird.“

eigens aus den Oberkirchener Sandsteinbrüchen herbeigeschleppt und die Bronze, aus der die Gitter sind, ist ungefähr das schäbige Metall in den bewohnten Räumen und an den offen gezeigten Hausfronten, wo in der sechsseitigen Aufstellung aller Mitarbeiter am Bau unter der Rubrik: Gold- und Silberstränke (!) die Bremer Firma Stephan Beerten Nachf. August Harmening verantwortlich zeichnet.

Dann führt uns das Buch durch 107 mit verschwenderischem Luxus ausgestattete Zimmer,

wobei „Zimmer zu wenig sagt, denn in den weitläufigen, an venezianische Paläste erinnernden Hallen könnten die Bewohner ganzer Mietkasernen bequem untergebracht werden. Allein für die Kinder des Herrn G. Carl Lahusen sind drei Zimmer reserviert, ein Schlaf-, ein Spiel- und ein Arbeitszimmer. Aber alle Herren-, alle Damen-, alle Fremdenzimmer verblissen gegenüber

dem auf Pfeilern ruhenden Billardzimmer mit seinen Aneinanderhängen.

Raum ein Monarch verfügte je über einen derartigen Raum, der den prächtigen Rahmen abgibt für die solennen Zeremonien des Bremer Wollkönigs.

In dem technischen Teil des Wasmuth'schen Buches werden die 12 Badezimmer vorgeführt, die kein anderes Material als den teuersten Marmor kennen, selbst noch das Dienerbadzimmer besitzt eine aus kostbaren Kacheln gefügte Badewanne. In der Küche mit ihrem elektrischen Herd und den weißen Schleifspindeln könnten die Armen ganz Bremens gespeist werden,

aber ein tiefer Graben und ein eisernes Gitter, dessen Tore sich nur durch elektrische Kraft schließen und öffnen, hält selbst den Garten profanen Blicken fern.

Uebrigens ist in dem Buch niemals von einem Garten die Rede, sondern von dem „Park Hohhehorst“, um den mit einer Parkschilderung zu vergleichen, man die Parks von Versailles oder von Sanssouci heranziehen müßte. Da ist ein Sommerblumengarten, ein Kologarten mit einem Wasserbecken, ein Staudengarten, und an dem Wasserbecken wiederum sitzen ein Storch, eine Eidechse, ein Frosch und eine Schnecke und speien gleich einer Fontäne einen Wasserregen in den kristallklaren Teich. Denn ein einfaches Wasserbecken hätte dem Herrn G. Carl Lahusen nie und nimmer in seinem Park gegügt.

Dieses Königsschloß konnte sich der Wollmagnat errichten von den Groschen seiner schweißenden Tagelöhner und Arbeiterinnen. Jetzt hat die Familie Lahusen den Nordwolle-Konzern in Grund und Boden gewirtschaftet, daß Zehntausende an sich schon länglicher Proletariatsexistenzen mitgerissen zu werden drohten. Und die Liebe des Herrn Lahusen zur Hittlererei rundet das Bild, das vielleicht geeignet sein wird, dem einen oder dem anderen in der NSDAP. darüber die Augen zu öffnen, für welche Leute von „gewinnender Einfachheit“ sie ihre Knochen hinhalten. Und hat nicht Herr Hittler mit seinem „Braunen Haus“ im Grunde nur Herrn Lahusen kopiert.

Das Minusvermögen.

Eine Anmerkung zum Falle Lahusen.

Ich habe eine Entdeckung gemacht, die mir Einstein patentieren wird: die gesamte Mathematik ist falsch. Zweifeln Sie? Hören Sie zu! Nach der Behauptung der Mathematiker sind 200 Millionen plus um 200 Millionen mehr als Null, 200 Millionen minus sind dagegen um ebenso viel weniger als Null. Stimmt das nun? Oh nein! Ich mache folgende Rechnung auf: Unser abgefundener Wilhelm besitzt etwa 200 Millionen Reichsmark plus. Er ist damit um 200 Millionen reicher als ein auf dem Nullpunkt angelangter Arbeitsloser. Herr Karl Lahusen, der geniale Generaldirektor des Nordwolle-Konzerns, hat diesen auf 200 Millionen minus heruntergewirtschaftet. Ist nun Herr Lahusen um 200 Millionen ärmer als ein Arbeitsloser? Herr Lahusen, der Bönner und Geldgeber der Nazis, wohnt mit seinem „Vermögen“ von 200 Millionen minus nach wie vor auf seinem Schloß Hohhehorst in 107 Zimmern, er frühstückt sieben Gänge, fährt im Auto spazieren. Wenn ich nun einem Arbeitslosen erzähle, es ginge ihm glänzend, denn nach der Mathematik sei er als Vermögensloser um volle 200 Millionen Mark reicher als Herr Lahusen mit 200 Millionen Mark Schulden, so wird der Arbeitslose mich meiner Bockzähne berauben. Und der Mann hätte recht. Ergo: die Mathematik ist falsch... Jonathan.

Sitzung des Reichskabinetts.

Beratungen über die Wirtschaftslage.

Das Reichskabinetts ist am Donnerstagvormittag 11 Uhr zur Fortsetzung der Beratungen über die Wirtschaftslage zusammengetreten. Daß irgendwelche konkreten Beschlüsse schon heute gefaßt werden, gilt in unterrichteten Kreisen als wenig wahrscheinlich, da zunächst das Ergebnis der Londoner Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten abgewartet werden dürfte.

Verfahren gegen Polizeibeamte.

Dienstentlassung wegen nationalsozialistischer Umtriebe.

Brandenburg a. d. H., 9. Juli.

Wie wir erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident gegen den Polizeioberwachmeister Reichert das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet, weil Reichert sich als Nationalsozialist grober Beschimpfungen des preussischen Innenministers, Genossen Seering, und des Polizeipräsidenten, Genossen Orzesinski, sowie anderer leitender Beamten des heutigen Staates schuldig gemacht hat und die Republik als „Audenrepublik“ bezeichnet haben soll.

Bedaauerlicherweise war Reichert sogar zu einem Beförderungsgang an die Polizeischule in Brandenburg a. d. H. entsandt worden, wo er aber wegen seiner staatsfeindlichen Äußerungen bald auffiel und von der Schulleitung zurückgeschickt wurde. Hoffentlich gelingt es, in künftigen Fällen derartigen Leuten, wie Reichert, schon früher das Handwerk zu legen, damit die preussische Schutzpolizei von jeder nationalsozialistischen Verführung frei bleibt.

Der Kieler Bombenwerfer.

Von der Universität verwiesen.

Kiel, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Der Student Eichhoff, der vor einigen Tagen gegen den Professor Schüding vor versammelten demokratischen Studenten eine Tränengasbombe warf, ist durch den Beschluß des Universitätsrats von der Universität verwiesen worden.

Um Berlins Etat

Die letzten Abstimmungen im Rathaus

Bei den Abstimmungen zum Haushalt der Stadt Berlin in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden einige Anträge der Deutschnationalen abgelehnt, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Deutschnationalen hatten bereits im Haushaltsausschuß den Antrag gestellt, daß die Berliner Brennstoffgesellschaft nur die städtischen Dienststellen und nicht mehr Privats zu beliefern habe. Dieser Antrag wurde gestern in namentlicher Abstimmung mit 85 gegen 109 Stimmen abgelehnt. Offenbar um einen Ersatz für diesen abgelehnten Antrag zu finden, wollten sie dann in einem Antrag die ganze Brennstoffgesellschaft aufgelöst wissen, wozu sich aber selbstverständlich die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit der Versammlung nicht verstehen konnte.

Bei den 34 Abstimmungen, zu denen noch 6 namentliche kamen, wurde auch abgestimmt über einen kommunistischen Antrag, den früheren Direktor der Brennstoffgesellschaft Brosat für die Betrügereien, die der Stadtingenieur Möllerte in Steglitz begangen hatte, ersatzpflichtig zu machen. Die Sozialdemokraten hatten in einem Zusatzantrag verlangt, daß dann auch alle Hintermänner des Möllerte (die wirklich nicht bei der Sozialdemokratie zu suchen sind) und auch das Bezirksamt Steglitz, das bei 13 Mitgliedern 5 Deutschnationale, 1 Nazi und 3 Volksparteiler zu Mitgliedern hat, ersatzpflichtig gemacht werden. Beide Anträge wurden angenommen. Mit der Berliner Verkehrsgesellschaft wollten die Deutschnationalen ganze Arbeit machen: 49 Proz. der Aktien soll die Stadt an das Privatkapital perhötern und damit die Rechte vollständig wird, beantragten die Kommunisten, daß eine Tarifserhöhung nicht stattfinden darf. Diese Anträge fanden keine Mehrheit.

Von den Sozialdemokraten waren eine ganze Reihe Anträge bereits im Haushaltsausschuß gestellt und dort auch angenommen worden. Darunter befinden sich zwei, die sich ganz grundsätzlich mit dem Stadtfuhrpark und mit der Stadtentwässerung beschäftigen, indem sie vom Magistrat eine Prüfung der Organisation mit dem Ziele der Vereinfachung und Billigung fordern.

Die Kommunisten stimmten auch gestern wieder in ihrem Eifer, allen deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträgen

zur Annahme zu verhelfen, erst für einen deutschnationalen Antrag, die städtischen Betriebe in gemischtwirtschaftliche umzuwandeln. Erst als das Abstimmungsergebnis angezweifelt wurde, und der Vorsteher, Genosse Haß, den Kommunisten ganz besonders eindrucklich den Inhalt des Antrages auseinandergesetzt hatte, besannen sie sich eines anderen und stimmten gegen den Antrag.

Bei dieser Gelegenheit verdient ein im Erfrischungsräum der Stadtverordnetenversammlung lebhaft erörterter Vorgang in der deutschnationalen Fraktion erwähnt zu werden. Danach hatte der nationalsozialistische Flügel in der Halb-und-Halb-Fraktion wohl durchgelesen, daß der Benjamin Krüger die Etatrede halten durfte; sie hatten allerdings das Zugeständnis machen müssen, daß Krüger von seiner einstündigen Redezeit nur die Hälfte gebrauchte, um die andere Hälfte dem anderen Flügel der Fraktion zu überlassen. Die Nazis in der Fraktion verstanden aber die Abmachung zu hintertreiben, indem sie Krüger bezogen, die ganze Redezeit auszunutzen. Währenddem saßen Herr Steiniger und Herr v. Jaskin, die früheren Etatredner der Deutschnationalen, auf ihren Stühlen und dachten über die Vergänglichkeit alles Irdischen nach!

In dem Bericht über die gestrige Stadtverordnetenversammlung im „Vorwärts“ von heute morgen sind infolge eines Versehens in Platons Rede einige Zeilen fortgefallen, so daß der Sinn des folgenden völlig entstellt ist. Es muß richtig heißen:

„In diesem Zusammenhang gab Genosse Platon einen Einblick in den Etat einer Stadt, die das, was man hier in Berlin „unheilvollen Einfluß der Sozialdemokraten“ nennt, nicht zu spüren hat. In dem Etat sind für die Wohlfahrtspflege für 1930 rund 12,5 Mill. Mark eingelegt gewesen, man hat aber 28 Mill. verbraucht. Die gesamten Etatmittel sind in dieser Stadt im Durchschnitt um rund 38 Proz., in einzelnen Teilen um über 40 Proz. gedrosselt worden — und das in einer Stadt, der man nicht vorwerfen kann, daß sie, wie der Deutschnationale v. Jaskin bezüglich Berlin behauptet hat, im „Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung kein Maß halten“ konnte. Es ist die Stadt Duisburg und ihr Oberbürgermeister ist Dr. Jares. (Lebhaftes hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Ostelbische Zeitungsstandale

„Hilfsbedürftige“ Gutsbesitzer subventionieren antirepublikanische Blätter

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Mertins und Hartwig-Stettin brachten im Preussischen Landtag folgende Kleine Anfrage ein:

Zuverlässigen Nachrichten zufolge werden deutschnationale Zeitungen in Ostpreußen und Pommern vielfach dadurch alimentiert, daß Gutsbesitzer für ihre Landarbeiter eine größere Anzahl von Exemplaren im Sammelbezug abnehmen. Die Landarbeiter sollen auf diese Weise politisch beeinflusst werden, um den wirtschaftlichen Interessen der Gutsbesitzer besser dienlich gemacht werden zu können. Die Abnahme derartiger Abonnements zum Teil in Höhe von 50 bis 100 Exemplaren durch einzelne Gutsbesitzer ist ein Beweis dafür, daß diese betreffenden Besitzer finanziell sehr gut gestellt sein müssen und daß sie sogar über überflüssige Geldmittel verfügen. In auffallendem Gegensatz zu dieser logisch zwingenden Feststellung steht jedoch die Tatsache, daß in vielen Fällen die gleichen Herren Mittel aus der Osthilfe, also aus öffentlichen Mitteln, beantragt haben, um vor dem drohenden finanziellen Ruin geschützt zu werden. Als Beispiel geben wir an die Alimentierung der „Ostoder Zeitung“ in Osterode, von der etwa 1000 Exemplare regelmäßig durch derartige Gutsbesitzerabonnements abgenommen werden. Ohne diese Unterstützung würde wahrscheinlich

die Zeitung, die ihre Hauptaufgabe in einer böartigen und scharfen Feindschaft gegen die Republik und gegen die preussische Staatsregierung sieht, schon längst schwer notleidend geworden oder sogar eingegangen sein. Uns sind zuverlässig die Namen von zwölf Gutsbesitzern bekannt, die den bei ihnen beschäftigten Landarbeitern die „Ostoder Zeitung“ gratis zur Verfügung stellen, zu gleicher Zeit aber auch Anträge an die Osthilfe richten, die zwischen 50 000 und 350 000 Mark im Einzelfall liegen. Zum Teil rekrutieren sich diese Herren aus dem ostpreussischen Landadel. Die gleichen Verhältnisse haben wir in Pommern festgestellt. Auch dort werden in genau derselben Art des Vorgehens deutschnationale Blätter in größerem Umfang an die Landarbeiter verteilt. Auch hier sieht uns ein entsprechendes Namenmaterial auf Grund sorgfältiger Ermittlungen zur Verfügung.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Was gedenkt es zu tun, um die unerhörte mißbräuchliche Verwendung aus Mitteln der Osthilfe für Zwecke der rechtsradikalen Propaganda und großagrarischer Interessenspolitik zu unterbinden?
2. Ist es nicht auch der Ansicht, daß die Gelder der Osthilfe, die von der Gesamtheit des Volkes aufgebracht werden, auch nur zur Intenstivierung der Gesamtwirtschaft unter Ausschaltung parteipolitischer und großagrarischer Interessen Verwendung finden dürfen?

Geständnisse Straubes.

Für ihn bestand kein Prügelverbot mehr.

Lüneburg, 9. Juli.

Im Scheuerer Fürstengroßprojek kam es gegen Schluß der Verhandlung, die sich bis in die vorgerückten Abendstunden hinstreckte, zu bedenklichen Geständnissen des Angeklagten Straube. Zum ersten Male gab er unter der Wucht des Beweismaterials Klipp und Klar zu, daß er sich habe hinreichend lassen, die nach der „Revolte“ zurückgebrachten Jöglinge zu schlagen, weil man sie ihm als die Haupttrübselherren bezeichnet habe. Er gestand schließlich im Verlauf eines Kreuzverhörs ein, daß für ihn damals das Verbot, zu prügeln, keine Geltung gehabt habe.

Nach einer kurzen Besprechung wurde beschlossen, nicht nur den Donnerstag, sondern auch den Freitag sühnungsfrei zu lassen.

Eine Brandstiftungsfeuchte.

Tag für Tag brennt es in Warnsdorf.

Warnsdorf (Deutschnöbden), 9. Juli. (Eigenbericht.)

Warnsdorf wird von einer Brandstiftungssepidemie heimgesucht. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht auf irgendein Haus der rote Hahn gesetzt wird.

In der letzten Nacht brach abermals gegen 3 Uhr in dem alten Wohnhaus neben der sogenannten Schloßmühle ein Schadenfeuer aus. Als die Signalisierung erfolgte, stand der größte Teil des Hauses in hellen Flammen. Das Teerdach ließ ungeheure pechschwarze Rauchwolken aufsteigen. Die Hitze war so groß, daß die weit entfernte elektrische Lichtleitung zu brennen begann und ebenso das Fabrikgebäude, das zahlreiche Rieckfälle mit Lagerräumen beherbergt. Die ersten Wasserstrahlen aus dem Hydranten mußten daher den Lichtleitungsast und der Fabrik gelten. Dann wurde das Feuer soweit es noch möglich war, niedergelämpft. Ein Einwohner Sch. der noch etwas retten wollte, konnte nicht mehr zurück und sprang aus dem Fenster. Dabei brach er das Bein und mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Die ganze Aufmachung des Brandes und die riesig schnelle Verbreitung zeigen abermals auf Brandstiftung. Die Brandstiftungsmanie ist erschreckend, und die ganze Stadt ist in hellem Aufruhr. Auf der Straße, in den Fabriken, in den Büros, im Autobus und den Gasthöfen spricht man nur vom Brandstifter, und die Bevölkerung mag kaum mehr zu schlafen.

Es haben sich bereits freiwillige Schutzwehren gebildet, die abwechselnd die Häuser bewachen, doch gelang es bisher nicht, den Burschen zu fassen. Mehrfach aber will man einen Mann beobachtet haben. Die Angst der Bevölkerung wird durch die Tatsachen gesteigert, daß es neben den wirklichen Bränden auch fast täglich andere, gelegte, Brände gibt, die man vor dem Ausbruch verhindern konnte. Am Sonnabend konnte ein Brand verhindert werden, zwölf Stunden später stand eine massive Scheune in Flammen und wurde vernichtet. Gleichzeitig konnte man einige Häuser weiter entfernt, ebenfalls einen gelegten Brand noch eindämmen. Am Montag wurde im 7. Bezirk ein Brand bemerkt, der rasch gelöscht werden konnte. Wieder Stunden später brannte ein Wohnhaus in der Schloßmühlstraße ab. Ueber zwei andere Fälle konnte amtliches Material nicht erlangt werden. Es kann sich nur um einen Geisteskranken, einen ausgeprochenen Pyromanen, handeln. Die Stadt berät auch über Gegenmaßnahmen, es wäre aber vielleicht möglich, daß die Versicherungen durch freiwillige Spenden eine hohe Ergreifungsprämie aussetzen oder eine Wache organisieren helfen würden. Ueberdies ist in der Bevölkerung eine Versicherungswut ausgebrochen. Von früh bis abends sieht man die Versicherungsbeamten in Tätigkeit, denn wer es erkönnen kann, geht höher in die Versicherung oder läßt sich neu aufnehmen. Insofern hat die Furcht in weiten Kreisen etwas Gutes. In der Bevölkerung gehen die wildesten Gerüchte.

Baden unter Finanzdruck.

Notverordnung mit nochmaliger Gehaltskürzung?

Mannheim, 9. Juli.

Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ von gut unterrichteter Seite erzählt, beabsichtigt die badische Staatsregierung, in den nächsten Tagen auf Grund des Artikels 56 der badischen Verfassung ein Notgesetz zur Deckung des Fehlbetrags im badischen Staatshaushalt zu erlassen.

Durch dieses Notgesetz sollen die Gehälter der badischen Beamten um weitere 5 Proz. gekürzt werden. Außerdem soll der Schullastenausgleich zwischen Land und Gemeinden zu ungunsten der Gemeinden abgeändert werden. Ferner ist beabsichtigt, die Beiträge, die das Land Baden bisher zum Fürstenaufwand der Gemeinden beigetragen hat, zu kürzen. Die Gemeinden sollen für den ihnen entziehenden Einnahmeausfall dadurch zum Teil entschädigt werden, daß sie ermächtigt und verpflichtet werden, die Gehälter der Gemeindebeamten ebenfalls um weitere 5 Proz. zu kürzen.

Eine schamlose Fälschung.

Ein Erfahrungsblatt der „Roten Fahne“ veröffentlicht einen Bericht über den Prozeß, in dem Polizeiwachmeister Nieß über seine Tätigkeit bei einer Zivilstreife ausfragte. Das Erfahrungsblatt der „Roten Fahne“ berichtet folgendermaßen:

Nieß: „... Die Täter, die eben die Scheiben des Bezirksamtes Bedding eingeschlagen hatten, rannten in die Limburger Straße und nahmen neue Steine auf. Ich steckte auch einen Stein in die Tasche. Dann lief ich mit den Tätern wieder zurück zur Müllerstraße. Sie warfen noch einige Fensterscheiben im ersten Stock entzwei.“

Rechtsanwalt Herzfeld: „Haben Sie auch mitgeworfen?“

Nieß (verlegen und zögernd): „Ich... verweigere... die Aussage.“ (Große Bewegung im Saal.)

Das andere kommunistische Blatt in Berlin „Berlin am Morgen“ jedoch berichtet:

„Der Beamte erklärte immer wieder, daß er sich nicht irre und den Angeklagten mit großer Bestimmtheit als den Täter wiedererkenne. Ganz entschieden bestritt der Polizeibeamte, selbst einen Stein geworfen zu haben.“

Tatsächlich hat, wie uns Augenzeugen aus dem Prozeß mitteilen, der Beamte nicht „verlegen und zögernd“ die Aussage verweigert, sondern hat laut und empört die Unterstellung, daß er geworfen haben könnte, wiederholt zurückgewiesen. Tatsache ist also, daß das Erfahrungsblatt der „Roten Fahne“ einen Gerichtsbericht damit gefälscht und die Aussage eines Zeugen ins Gegenteil verdreht hat.

Fortsetzung der Landtagsdebatte.

Die anonyme Volksbegehrenflugschrift.

In der heutigen Landtagsitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Weicharmel (Dnat.) die Erklärung ab, daß der frühere deutschnationalen Abg. Klein-Halenke in der Tat aus der Fraktion ausgeschlossen worden sei, weil er sich, ohne der Partei sein Mandat zur Verfügung zu stellen, mit der Nationalsozialistischen Partei in Verbindung gesetzt hätte. Die Austrittserklärung Kleins sei erst später eingegangen, übrigens habe Klein diese Austrittserklärung nachträglich als dumm und unüberlegt wieder zurücknehmen wollen.

Zur Geschäftsordnung führt Abg. Jürgensen (Soz.) Beschwerde darüber, daß ein Pamphlet über das Volksbegehren in die Mappen der Abgeordneten gelangt sei, ohne daß man erkennen könnte, von wem dies ausgehe. Die sozialdemokratische Fraktion protestiere gegen diese anonyme Freigabe. Präsident Bartels teilt mit, daß sich leider in der Tat nicht habe feststellen lassen, von wem die Verbreitung dieser Flugchrift für das Volksbegehren im Hause ausgehe. Er habe die Botenmeister angewiesen, Vorfahrung gegen die Wiederholung eines solchen Vorfalles zu treffen.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und bestatigt zunächst die große Zahl von Ausschlußbeschlüssen. Die Geschäftsberichte der staatlichen Gesellschaften für das Jahr 1930 werden dem Hauptauschuß überwiesen.

Es folgt der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Kroll-Oper.

Abg. Frau Noack (Dnat.): Die Verträge zwischen Staat und Volksbühne seien unvorsichtig abgefaßt gewesen. Aber sozial ergeben sie immerhin, daß die Volksbühne keine weiteren Forderungen mehr hätte.

Die Debatte geht weiter.

Hiltrud Breil wieder in Berlin.

Hiltrud Breil, die Tochter des Berliner Malers Hubert Breil, die im Anschluß an ihre sensationelle Flucht mit dem Baron von Hodenberg in Paris festgenommen und in einem Stütz für junge Mädchen untergebracht wurde, ist am Mittwoch von einem deutschen Polizeikommissar in Empfang genommen worden. Hiltrud Breil reiste noch am gleichen Abend nach Berlin ab, wo sie am heutigen Donnerstag früh eintraf. Zwei französische Polizeibeamte begleiteten das junge Mädchen bis zur französisch-belgischen Grenze.

Die Ergebnisse der englischen Volkszählung.

Der amtliche Bericht über die letzte Volkszählung von Großbritannien stellt fest, daß die Bevölkerungsziffer des Landes größer ist als je zuvor. Die Zahl der Einwohner von Großbritannien beläuft sich auf 44 790 484 Seelen; das bedeutet eine Zunahme in einem Jahrzehnt um 2 021 289. In England wohnen über 37 Millionen, in Schottland fast 5 Millionen, in Wales über 2½ Millionen Menschen. Trotz dieser Zunahme ist die Geburtsziffer niedriger als je vorher. In England werden weniger Kinder geboren als in irgendeinem anderen Lande, mit alleiniger Ausnahme von Schweden. Die Zahl der Geburten, die in dem Jahrzehnt von 1921 bis 1931 standesamtlich eingetragen wurde, ist um mehr als 1½ Millionen geringer als in jedem vorhergehenden Jahrzehnt der englischen Volkszählungen; sie liegt selbst unterhalb der Ziffer des vorhergehenden Jahrzehnts, das die Kriegsjahre umfaßte, sie beträgt zwischen 2 und 2½ Millionen unter der Ziffer des letzten normalen Jahrzehnts von 1901 bis 1911. Die Geburtsziffer ist jetzt auf einem Durchschnitt von 16,3 pro 1000 der Bevölkerung angelangt, um die Hälfte geringer als von 1890 bis 1900.

Der Ueberschuß an Frauen hat sich in dem letzten Jahrzehnt verringert. Die Ueberschuld der Weiblichkeit im Jahre 1921 war die Folge des Verlustes an Männern während des Krieges, und diese Erscheinung ist daher etwas zurückgegangen, aber verhältnismäßig wenig, nämlich um 62 471 auf 1 861 063. Die Einwohnerzahl in das Gebiet von Groß-London und den Süden von England, hauptsächlich aus dem Norden und aus Wales, hat weitere Fortschritte gemacht. In den Stadtgebieten Englands wohnen jetzt 31 948 166 und in den ländlichen Gebieten 7 999 765 Menschen. Die Bevölkerung von Groß-London hat sich in dem abgelaufenen Jahrzehnt von 7 480 201 auf 8 202 818, also um 7,7 Proz. vermehrt. 14 Städte haben die Zahl ihrer Einwohner mehr als verdoppelt. Als neue Millionenstadt erscheint Birmingham mit 1 002 413 Einwohnern. Da diese Stadt sehr rasch wächst, dürfte sie auch bald die zweitgrößte Stadt Großbritanniens, Glasgow, übertreffen, das eine Bevölkerung von 1 088 417 Seelen aufweist.

Nicht geküßelt. Der Halenkreuzstichläger Teuer aus Fürstentum befindet sich im Strafgefängnis Tegel, er ist aus seinem Urlaub am 22. Juni zurückgekehrt. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder hatte in Unkenntnis seiner Rückkehr am 24. Juni Haftbefehl gegen ihn erlassen.

In Karam sind 23 Kroaten zu 150 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Außerdem sind die Schriftsteller Matija Soldin und Marko Franklovič zum Tode verurteilt worden. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat in einem Telegramm an das Staatsministerium in Belgrad ihre Begnadigung gefordert.

Der tschechische Falschführer Abg. Steibrng, ehemaliger Eisenbahnminister, ist wegen Betruges und Mißbrauch der Amts-gewalt überraschend verhaftet worden.

Ein Völkerbundspaulus

Thomas Mann für internationale geistige Zusammenarbeit

Genf, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Die Mittwochssitzung des Ständigen Komitees für Wissenschaft und Kunst erhielt eine besondere Bedeutung durch die Erklärung Thomas Manns für den Völkerbund.

Das Komitee hat beschlossen, eine regelmäßige Korrespondenz zwischen den führenden Persönlichkeiten aller Nationen über gemeinsame geistige und Völkerbundsfragen hervorzurufen und periodisch zu veröffentlichen. Weiter sollen Aussprachen über die intellektuelle Zusammenarbeit und Erziehungsfragen stattfinden. Auch Wege zur Sicherung des geistigen Einflusses auf das gesamte öffentliche Leben in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung durch Vertretung und aktive Betätigung künstlerischer und wissenschaftlicher Kreise sollen gefunden werden. Endlich hat man große Versammlungen in allen Ländern ins Auge gefaßt, um der Öffentlichkeit eindrucksvoll die Ziele, die Methoden und die Ergebnisse der geistigen Zusammenarbeit bekanntzumachen. Eingehende Studien über internationale Musikkonferenzen und Rundfunkprogramme sollen dieses vorläufige Aktionsprogramm abschließen.

In eindrucksvollen Ausführungen nahm Thomas Mann abschließend zu dem ersten Zusammentritt des Komitees und seinen Arbeiten Stellung. Daß der Völkerbund von sich aus allein auf

den Gedanken gekommen sei, über die politischen Interessen hinaus auch die geistigen Interessen der Welt zu behandeln, bedeute schon, daß er und seine Kollegen nicht mit leeren Händen nach Hause gingen. Selbst wenn auf dieser ersten Stellungnahme nichts figürlich Greifbares herausgekommen sei, so brauche man sich des Ergebnisses nicht zu schämen. Konkrete Aufträge seien im jetzigen Stadium des Komitees noch zu früh. Paul Valéry habe mit Recht das Fehlen eines neuen Weltbildes im Geistesleben der Völker von heute festgestellt. Es könne hier viel an diesen Aufgaben getan werden. Ein neues Weltbild und ein Erziehungsideal, das nicht mehr in der Vergangenheit lebe, sei nicht völlig und ausschließlich das Ergebnis der von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umwälzungen geistigen Veränderungen in den Völkern. Diese Veränderungen müßten vielmehr erkannt und positiv unterstützt werden, nicht nur national, sondern international. Das sehe gerade diesem Komitee eine große Aufgabe und gewaltige Verantwortung. Thomas Mann bekannte schließlich, daß er von einem Völkerbund-Saulus zu einem Völkerbund-Paulus geworden sei. Er wäre mit ähertsten Zweifeln und großem Skeptizismus nach Genf gekommen. Nun gehe er zurück mit dem stärksten Eindruck von den Arbeiten und der größten Dankbarkeit gegen den Völkerbund. Er werde diesem gewonnenen Eindruck auch nach seiner Rückkehr in Deutschland öffentlichen Ausdruck geben.

Besuch in Paris Ende Juli

Gute Aufnahme der deutschen Gäste in Paris / Sachverständige am 17. in London

Paris, 9. Juli. (Eigenbericht.)

Nach einem Meinungsaustausch zwischen der französischen und englischen Regierung ist beschlossen worden, daß die Sachverständigenkonferenz, die die technische Durchführung des Hoover'schen Plans regeln soll, am Freitag, dem 17. Juli, in London zusammensteht. An ihr werden Sachverständige der wichtigsten Signaturmächte des Young-Plans einschließlich Deutschlands teilnehmen.

Die gestrige Demarche des deutschen Botschafters von Hoersch bei dem Ministerpräsidenten Laval wird in der der Regierung nahestehenden und in der Vintzpresse mit Befriedigung verzeichnet. Der „Petit Parisien“ erklärt, die offizielle Mitteilung der Erklärung des Reichsanzlers vom 2. Juli und der Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk stelle eine Geste dar, deren Bedeutung man würdigen müsse. Der Botschafter habe Laval erklärt, daß der Reichsminister und Außenminister durch die Befugnisse der englischen Staatsmänner und des amerikanischen Staatssekretärs Stimson bis zum 25. Juli in Berlin festgehalten seien, daß sie aber unmittelbar darauf, d. h. Ende Juli oder Anfang August, nach Paris kommen könnten. Der „Petit Parisien“ fügt hinzu, man glaube in Paris, daß die Unterhaltungen zwischen den französischen und deutschen Ministern um so angenehmer und wirksamer sein

werden, als das Terrain genügend vorbereitet und ihr Programm präzisiert sein wird. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland werde für sehr wünschenswert gehalten unter der Bedingung, daß die Berliner Regierung sich ohne Hintergedanken dafür einsetze. Ähnlich drücken sich die meisten anderen Zeitungen aus. „Devoir“ und „Journal“ bemerken aber, daß ein großer Unterschied zwischen der reservierten Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich und den warmen Danketelegrammen bestehe, die von dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler nach Washington, London und Italien gesandt worden sind. Der „Matin“, der ebenfalls seine Befriedigung über die Demarche des Botschafters ausdrückt, erklärt, daß die Verprechungen der Reichsregierung noch nicht genügen, um das Vertrauen zu Deutschland wieder zu beleben. Sie müßten durch Taten bestätigt werden. Die Reichsregierung sei jetzt sicherlich stark genug, um nationalistische Manifestationen zu vermeiden und die deutschen Diplomaten zu bitten, sich unangebrachter Initiativen zu enthalten.

Die nationalistiche Presse verteidigt den Standpunkt, daß die am Schluß des französisch-amerikanischen Abkommens formulierte Forderung nach Garantie für die Verwendung der gestundeten Summen in vollem Umfang bestehen bleibe.

Erbschäden durch Röntgenbestrahlung.

Die Biologen und Rassenhygieniker haben in letzter Zeit wiederholt ein für die Volksgesundheit besonders wichtiges Problem zur Erörterung gestellt, nämlich das der Erzeugung von Erbschäden durch Röntgenbestrahlung. An Pflanzen und an einfachen Tieren sind in der dritten und vierten Generation auftauchende und in späteren Generationen vererbte Schädigungen beobachtet worden. Diese Feststellungen machen im Hinblick auf die Anwendung der Röntgenstrahlen in der Frauenheilkunde wichtige Ermittlungen notwendig. Von großer Bedeutung ist besonders die Frage nach der Grenze der schädlichen Dosis. Soll soweit gegangen werden, daß auch von Durchleuchtungen oder Röntgenaufnahmen von Frauen, bei denen noch Nachkommenschaft zu erwarten ist, abgesehen werden muß? Dieses Problem der Schädigung der Rasse durch Röntgenstrahlen ist wohl eins der allerwichtigsten für die Volksgesundheit.

Wie schnell kann man lesen?

Als eine gute durchschnittliche Leistung beim Lesen bezeichnet der Psychologe der amerikanischen Columbia-Universität Dr. R. S. Woodworth sechs Worte in der Sekunde. Er behauptet, daß ein durchschnittlich großes Buch in 4½ Stunden ausgelesen werden kann und daß die meisten Menschen durchaus imstande sind, diese scheinbar außerordentliche Schnelligkeit bei der Lektüre zu erreichen. „Anteilnahme erhöht die Schnelligkeit beim Lesen“, führt er in einem Aufsatz aus. „Ein Leser, der beim Studium ernster und wissenschaftlicher Werke schnell und ohne Anstrengung vorwärts kommen will, sollte sich Fragen vorlegen, deren Beantwortung er von dem Buch erwartet. Der schnelle Leser bezieht sich, um die Antworten zu erhalten, die sich in seinem Geist festgesetzt haben, während der Leser, der nicht mit bestimmten Erwartungen an das Buch herantritt, meist passiv bleibt und nicht den Trieb in sich empfindet, rasch vorwärts zu kommen. Nicht das Auge, sondern das Gehirn bestimmt die Schnelligkeit beim Lesen.“

Das Auge kann sich nicht beständig vorwärts bewegen, sondern es muß beim Lesen eine Reihe von Rucken ausführen, zwischen denen Pausen liegen. Diese Pausen sind notwendig, um die Zeile klar zu übersehen, aber noch mehr dazu, um den Sinn der Worte im Zusammenhang aufzufassen. Sie nehmen etwa 95 Proz. von der Zeit des Lesens in Anspruch; der kleine Rest ist alles, was das Auge bei seiner tatsächlichen Bewegung über die Seite hin braucht, wenn erst einmal diese Verwendung des Auges beim Lesenlernen in der Kindheit ausgebildet ist. Das Auge ist aber imstande, schneller zu operieren, als der Geist den Sinn des Gelesenen festhalten kann. Infolgedessen steigert das Interesse, das den Aufnahmevorgang beschleunigt, die Schnelligkeit des Lesens. Das beste Alter, um sich eine gute Lesetechnik anzueignen, liegt zwischen 12 und 15 Jahren, weil dann der Mensch beginnt, sich eingehender mit der ersten Literatur zu beschäftigen, für die andere Methoden notwendig sind als für die Kinderbücher.“

Die spanische Republik gegen die Stierkämpfe. Ein Vertreter des spanischen Ministeriums des Innern hat bei einer Preisverteilung an Schulkinder, die von den vereinigten Tierkämpfern der großen spanischen Städte veranstaltet wurde, eine Rede gehalten, in der er sich scharf gegen den spanischen Nationalstolz aussprach. Er bezeichnete den Stierkampf als ein „einer zivilisierten Nation unwürdiges Schauspiel“; nur die kleineren Stiergeheide, die in Dörfern abgehalten werden, nahm er aus. Allerdings bedauerte er, daß die

republikanische Regierung vorläufig noch keinen Weg sehe, um die Stierkämpfe abzuschaffen, aber er sprach die Hoffnung aus, daß „die Zeit kommen wird, in der dieser grausame Sport verschwinden muß, wenn alle Tierfreunde zusammenarbeiten“. Eine derartige Erklärung der neuen Regierung war von den tierfreundlichen Kreisen, die in letzter Zeit in Spanien eine große Anhängerzahl erworben haben, bereits mit Ungebuld erwartet worden.

Kommt die 50jährige Autorenchutzfrist? Auf dem 9. Internationalen Verlegerkongress in Paris, an dem Vertreter von 16 Staaten teilnahmen, wurde der Beschluß gefaßt, die Autorenchutzfrist (die in Deutschland bekanntlich 30 Jahre nach dem Tode des Autors währt) auf 50 Jahre zu erhöhen. Von den Ländern, die der Berner Konvention angeschlossen sind, hat bisher Frankreich allein diese Neuerung durchgeföhrt. Die Stellungnahme der einzelnen Staaten zu diesem Beschluß ist bisher noch recht zweifelhaft.

„Erhebendes“ Theater gegen „lebendiges“ Theater. In seiner Programmrede, die der frühere Berliner Intendant Gustav Hartung anlässlich der Ueberrahme seines neuen Intendantenpostens am Stadttheater in Darmstadt gehalten hat, wendet er sich gegen die Berliner Theaterbetriebe. Er erklärte, daß in Berlin eine geschlossene künstlerische Arbeit nicht möglich sei. Seine bisherige künstlerische Forderung des „lebenden“ Theaters will er in seinem neuen Programm durch ein „erhebendes“ Theater ersetzen.

Thomas Münzer-Festspiele. In Frankenhäusern am Kyffhäuser, wo der Bauernrevolutionär gegen die Fürsten unterlag, findet Sonnabend abend die Uraufführung des Dramas Thomas Münzer von Carl Vogt statt. Die Spielleitung führt A. Teich vom National-Theater Weimar. Gruppensfahrten von 15 Teilnehmern ab haben Fahrpreisermäßigung. Schüler und Arbeiter haben ermäßigte Eintrittspreise.

Sonderveranstaltungen der Volksbühne. Die Volksbühne kündigt für die kommende Spielzeit wieder eine lange Reihe interessanter Sonderveranstaltungen an. U. a. werden einige alte Singspiele in neuer Bearbeitung aufgeführt werden, so z. B. die „Bestler-Oper“, das Urbild der „Freigroschen-Oper“, Schumanns und Edwin Fischer wurden gewonnen, in der Silberhochzeit wird wieder die 9. Sinfonie zur Aufführung gelangen. Die Sonderveranstaltungen werden als Konzerte u. a. Mary Wigman, die Polacco, Rosali Glädel, Jo Mihals, Harald Kreuzberg und Aden Ros Redjona auf der Bühne zeigen. Außerdem sind Gruppenaufführungen unter Leitung von Felga Kormann, Margarete Wolmann und Dronne Georgi zu erwarten; endlich wurde das Ballett-festiva der ausgetriebenen Soldaten der Staatsoper verpflichtet. Als Rezitatoren werden Plaut, Grotz u. a. zu Worte kommen. Die Wiederkehr von Goethes 100. Todestag wird durch eine besonders würdige, von hiesigen Darbietungen umschulte Gedenkfeier mit Julius Rab als Redner begangen werden.

Explosion im Petroleumgebiet.

Drei Tanks und Arbeiterwohnhaus in Flammen.

Bukarest, 9. Juli.

In dem Petroleumgebiet von Ploesti geriet gestern ein Bohrturm in Brand, von dem das Feuer auf zwei weitere Bohrtürme übergriff. Der Brand ging unter mächtigen Explosionen vor sich. Von stiegenden Trümmern wurden ein Arbeiterwohnhaus und drei Petroleumbehälter in Brand gesetzt, die unter gewaltigem Getöse in die Luft flogen. Brennende Petroleumströme nahmen ihren Weg talabwärts. In der benachbarten Ortschaft Scornio wurden zur Warnung der Einwohner die Kirchenglocken geläutet. Mit großer Mühe gelang es, die Ortschaft vor einer Katastrophe zu bewahren. Der Umfang des Schadens wird auf 10 Millionen Lei beziffert.

Der umworbene Arbeitslose

Hochkonjunktur für überflüssige „Verbands“-Gründungen

Seitdem das Erwerbslosenheer Deutschlands Millionenziffern aufweist, hören die Versuche nicht auf, nach dem Muster der Gewerkschaften Erwerbslosenorganisationen aufzuziehen. Teils stehen heute diesen Versuchen extreme politische Parteien, die sich davon agitatorischen Nutzen versprechen, teils politische Dunkelmänner, die sich an der Not der Erwerbslosen zu bereichern versuchen, und nur zum allergeringsten Teil kommen Erwerbslose auf den Gedanken, aus sich heraus Selbsthilfeorganisationen aufzuziehen. So oft allerdings derartige Gründungen versucht wurden, so oft lösten sie sich alsbald in Wohlgefallen auf.

Man bedenke nur die Anstrengungen der Kommunistischen Partei, die Erwerbslosen in ihr Schlepptau zu bekommen. Da wurde ein ganzes Organisationsnetz aufgezogen, Reichserwerbslosenkongresse veranstaltet, Erwerbslosenzeitschriften gegründet — mit völlig negativem Erfolg. Das Jahresende 1926 brachte den Gipfelpunkt dieser kommunistischen Erwerbslosenkampagne. Damals hatte die von der Berliner Leitung der KPD herausgegebene Erwerbslosenzeitschrift eine Auflage von einigen 20 000 Exemplaren, auf den ersten Blick beträchtlich, aber im Verhältnis zu der Gesamtzahl nur der Berliner Erwerbslosen ein verschwindender Bruchteil. Und nicht einmal der blieb übrig.

Einige Jahre später wurde von nationalsozialistischer Seite der „Bund der Arbeitswilligen“ gegründet. Man entwarf

ein politisches „Arbeitsbeschaffungsprogramm“.

aber trotzdem es diesem getarnten nationalsozialistischen Unternehmen nicht an Geldmitteln zu fehlen schien, kamen die Gründer dieses merkwürdigen Bundes niemals an die Erwerbslosen heran. Heute spricht kein Mensch mehr von dem „Bunde der Arbeitswilligen“. Dazu kamen kleinere Versuche, in den Großstädten die Erwerbslosen einzelner Branchen zu organisieren, besonders die erwerbslosen älteren Angestellten, aber keinem dieser Versuche war auch nur der bescheidenste Erfolg beschieden.

Trotzdem also die Spuren schrecken mühten, wurden in diesen Tagen neue Erwerbslosen-„verbände“ aus der Taufe gehoben. Da hat sich in einer Parterrewohnung im Süden Berlins die sogenannte „Reichsgeschäftsstelle“ eines Deutschen Erwerbslosenverbandes (Sektion der Internationalen Erwerbslosen-Föderation) etabliert. Dieser Verband hat zwei Flugblätter in die Welt hinausgehen lassen, bezeichnenderweise ohne jeden gesellschaftlichen Druckmerkmal, die eine übliche Mischung von nationalsozialistischen Phrasen und lobigen Schimpereien darstellen. So heißt es in dem Flugblatt Nr. 1: „Sahrelang habt ihr euch mit Kupferpfennigen

geduldig hinhalten lassen! Euer Recht auf Arbeit ist von ungezählten Bauchrednern aller Parteien, von Diätenressoren aller Schichten in den Dreck getreten worden! Ihr seid verraten, verschädert, hundsgemein verraten und verkommt langsam in menschenunwürdigem Elend.“ Dann heißt es weiter: „Die Arbeitslosigkeit kann in einem Vierteljahr beseitigt werden... Wer das Gegenteil behauptet, ist ein volkverräterisches Großmaul oder ein Schafsdämel!“ Nun, dagegen kann man nicht einmal polemisieren, und wenn zum Schluß gerufen wird: „Es lebe die neue deutsche Revolution!“ dann merkt man nur zu deutlich den Pferdefuß, hinter dem ein Hakenkreuz herbaumelt.

Wer noch zweifelt, lese die Statuten. Da heißt es im § 1: „Der Verband bezweckt die Zusammenschließung aller deutschen Männer und Frauen, die an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit mitwirken wollen und den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands auf deutscher Rechtsgrundlage zum Ziele haben.“ Das ist abgeduldeter Hitler-Jargon. Origineller ist der § 3: „Die Aufnahmegebühr beträgt den einfachen Betrag eines gewöhnlichen Inlandsfernbriefportos...“ Auf gut deutsch gesagt also 15 Pf. Das schönste bringt aber der § 5: „Der geschäftsführende Verbandsvorstand ist der erste Verbandsvorsitzende. Der erweiterte Verbandsvorstand besteht aus dem zweiten Verbandsvorsitzenden, dem ersten und zweiten Verbandschriftführer und dem ersten und zweiten Verbandssekretär. Der erste Verbandsvorsitzende ernannt die Mitglieder des erweiterten Verbandsvorstandes auf Widerruf. Im Falle des Ausscheidens des ersten Verbandsvorsitzenden ernannt dieser seinen Nachfolger... Gelingt es dem Verbandsvorstand nicht,

innerhalb eines Jahres die Arbeitslosigkeit in bemerkenswerter Weise zu mildern.

dann hat er zurückzutreten...“ In dieser Art geht es weiter bis zum § 15, im ganzen ein erbauliches und erheiterndes Dokument, diese Satzungen. Vorläufig seien die Drahtzieher aber noch in ihren Reichsgeschäftsstellen, schmachten ihr Pfeischen und warten schon etwas ungeduldig auf die Wahlen.

Jetzt geht es aber noch weiter. Im Nordosten Berlins existiert ein „Reichsbund der Erwerbslosen“. Dieser gibt vor, die Erwerbslosen sammeln zu wollen, um sie vor dem Abgleiten in die extremen rechts- und linksradikalen Lager zu bewahren. Auch diese Organisation, die über 400 bis 500 Mitglieder verfügen dürfte, ist ganz dilettantisch als eingetragener Verein aufgezogen, ihr wird ebensowenig ein Erfolg beschieden sein, wie allen anderen ähnlichen Gründungen.

Ablehnung, so daß sie weiter damit hausieren gehen können. Wenn sich die „Rote Fahne“ künstlich darüber aufregt, daß der Betriebsratsvorsitzende Flieger gegen diese Anträge gestimmt hat, so sei hier erwähnt, daß Flieger in der letzten Sitzung dem Begründer der Anträge, Wisniewski, die Auffassung der Gewerkschaften und der Betriebsvertretung so gründlich gefügt hat, daß ihm für zehn Minuten die Sprache versagte. Als er von Dr. Elsas gefragt wurde, ob er noch das Wort wünsche, verzichtete er großzügig.

Gleich den Kommunisten versuchte auch der Nazi-Engel seine Amorganierten im Aufsichtsrat durch besondere Anträge zu vertreiben. Auch seine Demagogie ist gehörig durchkreuzt worden. Der Aufsichtsrat nahm einen Antrag des Betriebsratsvorsitzenden Flieger an, den Vorstand der BVG zu beauftragen, mit den Gewerkschaften über Vermeidung von Härten aus der Notverordnung in Zusammenhang mit § 7 des Tarifvertrages zu verhandeln. Die tariffeindlichen Kommunisten und Nazis stimmten dagegen. Der Bericht enthält noch weitere Lügen und Verdrehungen, deren Widerlegung oder Richtigstellung sich nicht lohnt.

Die Verkehrsarbeiter werden aus diesem fortgesetzten Lügenfeldzug die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und in ihrer Reichheit nach wie vor für die Unterstützung positiver gewerkschaftlicher Arbeit eintreten. Die vom Vorstand der BVG beabsichtigte Lohnsenkung ab 1. Oktober infolge der Notverordnung ist nicht eine Angelegenheit der BVG-Arbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft der Stadt Berlin. Die freigewerkschaftlich organisierten Verkehrsarbeiter sind bereit, den Abwehrkampf gegen die Härten der Notverordnung gemeinsam mit den übrigen städtischen Arbeitern zu führen. Ob die Kommunisten und Nazis mit ihren unorganisierten KPD- und SA-Leuten dabei sein werden?

Streitwelle in Bulgarien.

Die Streikenden verlangen menschenwürdige Löhne.

Ueber ganz Bulgarien ergießt sich eine Streitwelle. In Jambol, Sliven, Rila, Philippopol, Iwerdika und anderen Orten sind kleinere und größere Streiks ausgebrochen. Es handelt sich vor allem um Kampfbewegungen der Textil- und Erdarbeiter. Die Streikenden — ihre Zahl beträgt etwa 3500 — verlangen eine Lohnaufbesserung um durchschnittlich 30 Proz. Arbeitsinspektoren sollen im Streitgebiet zwischen den beiden Parteien vermitteln.

Das Organ des Ministerpräsidenten Masinow, „Sname“, bemerkt zu dem für Bulgarien bedeutsamen Arbeitskonflikt: Die überall aufflackernde Lohnbewegung sei nicht weiter verwunderlich; denn die Arbeiterschaft sei 8 Jahre lang malträtiert, verstoßt und ausgepöbelt worden. Jetzt fühle sie sich endlich frei. Die Regierung werde vermitteln und für eine menschen-

würdigere Entlohnung der Arbeiter eintreten. Sie werde jedoch mit aller Strenge gegen die Handlanger Moskows vorgehen, wenn diese den berechtigten Lohnkampf für ihre dunklen politischen Ziele mißbrauchten.

Wetter für Berlin: Temperaturen ein wenig höher, weiterhin wolkig ohne wesentliche Niederschläge, abflauende südwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Küstengebiet Nachlassen der Stürme, auch im übrigen Deutschland allmählich Wetterbesserung, im Süden viel-sach heiter und wärmer.



Rückschau.

Die Funktunde brachte eine Hörbilderfolge „Großstadt — zwanzig Uhr eins“, von Axel Arheus und Robert Schjtan; Musik von Werner Michel. Der Untertitel der Veranstaltung hieß „Ein Querschnitt durch eine Großstadtminute“. Zahlreiche Szenen waren aber durchaus nicht charakteristisch für eine bestimmte Zeit; eine zwingende Parallelität der einzelnen Geschehnisse bestand überhaupt nicht. Großstadtkluft und Großstadtmenschen hatte diese Hörfolge nur sehr von fern gesehen. Kein Arbeitsloser z. B. spricht mit so literarischem Pathos, wie das Spiel es glauben machen wollte. Wir haben übrigens einmal in einer „Stunde der Unbekannten“ einen Ausschnitt aus einem Hörspiel vermittelt bekommen, in dem arbeitslose Großstadtkinder wirklich Gestalt gewonnen hatte; weshalb hören wir dieses Spiel nie vollständig? — Einzelne Chansons der Sendung waren in Text und Musik wirkungsvoll; ausgezeichnet einer: „Die großen Städte dieser großen Welt“. Alfred Braun trug ihn vor; er zeichnete jede Linie des Chansons so klar und stark nach, daß man nur wünschen kann, Darbietungen dieser Art häufiger von ihm zu hören.

Ein Sprung in das Programm des Deutschlandsenders führte mitten in eine Übertragung aus Hamburg, die unter dem Titel „400 Millionen durchbrechen die Mauer“, eine Art Lehrspiel vom chinesischen Freiheitskampf brachte. Verfaßt war das Spiel von Julius Seelig und Hans Bodenstedt unter Mitarbeit des Komfurs der Nanjingregierung Tjai Chung Tang und Hermann Erdlen. Der Hörer erlebte eine Schilderung von würdiger Sachlichkeit; keine Gestaltung von Details, sondern die Zeichnung der großen Linie, die für die chinesische Geschichte der letzten Jahre charakteristisch ist.

Der Simplizissimus-Zeichner Tr. Tr. Heine sprach im Programm der Funktunde „Ueber die satirische Zeichnung“. Der Vortrag zeigte, daß Heine sich im Wort so weise und allgemeinverständlich ausdrücken kann wie in seinen Zeichnungen, die, um es in der Formulierung zu sagen, die Heine selber für das Schaffen des satirischen Zeichners gebraucht, nicht aus einem böartigen, menschenfeindlichen Gemüt stammen, sondern aus einem, das empfänglicher ist als der Durchschnitt für alle Eindrücke und empfindlicher gegen alles häßliche, schlechte und verlogene.

„Aus der Praxis der pädagogischen Akademien“, der Bildungsstätte unserer Volksschullehrer, berichtete Prof. Dr. Paul Hildebrandt (Funktunde). „Wir müssen zwar darben und entbehren; aber dafür dürfen wir auch studieren“, sagte ein Student solcher Akademie zu Prof. Hildebrandt, der diesen Ausspruch als charakteristisch erwähnte, für den Geist, der an diesen Bildungsstätten herrscht. Manche Einzelheit scheint Prof. Hildebrandt im System der Akademien und in der Entfaltung der Schüler noch verbesserungsmöglich; der gesamte Arbeitsaufbau der Akademien scheint ihm jedoch Gewähr zu bieten für eine fruchtbare Vorbereitung auf den Lehrberuf.

Donnerstag, 9. Juli.

Berlin.

- 16.00 I. Alfred Schattmann: Lieder (Else Jörn; Flügel: der Komponist. 2. a) Joh. Seb. Bach: Chromatische Fantasie und Fuge; b) Beethoven: Sonate Cis-Moll, op. 27 (Herbert Pollack, Klavier). J. Heinrich Molzer: Lieder mit Streichquartett-Begleitung (Else Jörn, Sopran und Lambion-Quartett).
 - 17.00 Wie richte ich mir ein Terrarium ein (Dr. Käthe Rösch-Berger).
 - 17.20 Unterhaltungsmusik.
 - 18.50 Jos. Winckler (Dr. H. F. Christians).
 - 19.00 Chorgesänge. (Gemischter Chor. Volkshor Tempelhof-Mariendorf (DASB.). Dir.: Willi Friedrich.)
 - 19.20 Studenten diskutieren. Soll der Student radikal sein? (Ltg.: Prof. Dr. E. Döhlert.)
 - 20.00 I. Händel: Sonate A-Dur. 2. Schubert: Rondo brillant für Violine und Klavier H-Moll, op. 70. 3. Brahms: Trio für Klavier, Violine und Waldhorn (Karl Rockstroh; Flügel: Georg Kaleski, Violine: Ernst Priese, Waldhorn).
 - 21.00 Tages- und Sportnachrichten.
 - 21.10 Moderne Musik und doch unterhaltend (mit Schallplatten). (Walter Gronostay.)
 - 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
 - 22.25 Frankfurt: Zeitberichte.
 - Tanzmusik.
- Königswusterhausen.
- 17.00 Dr. Erich Dautert: In der argentinischen Pampa.
 - 17.30 Mersmann: Hausmusik.
 - 18.00 Georg Foerster, Dr. Karl Würzburger: Philosophische Zwiegespräche.
 - 18.30 Jens Lützen: Praktische Ratschläge für Amateurphotographen.
 - 18.55 Wetter für die Landwirtschaft.
 - 19.00 Ob-Stud.-Direktor Albert Bockelmann: Späsmacher, Narren und Humoristen auf Shakespeares Bühne.
 - 19.30 Dr. W. Schurig: Frühlartsfelertete und Transport.
 - 21.00 Dr. Walther Croll: Das Schuldenjahr des Präsidenten Hoover.
 - 21.30 Hamburg: Der Kuban-Kosaken-Chor.

Verantwortl. für die Redaktion: Siebert Reppke, Berlin; Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Hermann Berlin & Co., m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaut & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Seite 1 Beilage.

Berlin ist nicht Moskau.

Antwort der Bühnengenossenschaft an die KPD.

Das Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen teilt mit: Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Sektion Bühne, macht dem Präsidium der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen die Mitteilung, daß in der heute stattfindenden Versammlung einem Vertreter des Präsidiums eine halbe Stunde Redezeit zugesichert sei. Nachdem man monatelang mit unwahren Behauptungen, ja Verleumdungen gegen das Präsidium gehetzt hat, will man ihm gnädig in einer Versammlung, die von einer kommunistischen Parteiorganisation einberufen und deren Objektivität somit von vornherein anzuzweifeln ist, eine halbe Stunde Redezeit gewähren, um auf zahllose Anwürfe zu antworten. Das Präsidium muß es auf Grund der eigenen Würde und der der Genossenschaft abholen, vor einer Art Tribunal zu erscheinen, das sich selbst dazu gemacht hat, und wird von sich aus Zeit und Ort bestimmen für die Antwort auf die verschiedenen Beschuldigungen. Diese Antwort wird erteilt werden in einer von ihr für den 22. Juli angeordneten Versammlung, in der auch die Opposition Gelegenheit haben wird, sich ohne Einschränkung auszusprechen. Zu diesem Zweck wurde auch das Ausschlußverfahren gegen Herrn Rodenberg noch zurückgestellt, damit auch er Gelegenheit hat, seine Angriffe vor der Leitung der Genossenschaft zu wiederholen.

Kommunistische Märchenerzähler.

„2 180 000 Mark Lohnraub bei der BVG.“

In ihrer letzten Ausgabe vor dem Verbot brachte die „Rote Fahne“ einen Bericht über die letzte Aufsichtsratsitzung bei der BVG, in dem, anscheinend zur Vorbereitung der nächsten Betriebsratswahl, ein wahres Lügentrommelfeuer gegen den Betriebsratsvorsitzenden Genossen Flieger eröffnet wurde. „2 180 000 M. Lohnraub bei der BVG!“ ist die Ueberschrift, ganz so, als ob es sich um einen neuen Lohnraub in dieser Höhe handle. In Wirklichkeit sind alle im Laufe des Jahres erfolgten und auf Grund der Notverordnung noch möglichen Lohnsenkungen dabei berücksichtigt.

In der Antragsfabrikation sind die Kommunisten bekanntlich immer groß. So forderten sie auch vom Aufsichtsrat die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Wiedereinstellung aller Entlassenen und das Verbot weiterer Entlassungen, die unentgeltliche Beförderung aller Erwerbslosen, die Rückgängigmachung des bereits für verbindlich erklärten Lohnaufbauschiedspruchs sowie die Inbetriebnahme der aus dem Betrieb gezogenen Straßenbahnen und Omnibusse. Bei der Abstimmung hatten die Kommunisten mit ihren Anträgen den gewünschten Erfolg der

Volksbühne
Theater am Blüpplatz.
8 1/2 Uhr
Der Mann des Schicksals
Die Komödie der Irrungen
Komische Oper
Friedrichstr. 104
8 1/2 Uhr
Frauen haben das gern...
Musikal. Schwank von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 0,50-7,00

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert
Die Komödie
Täglich 8 1/2 Uhr
Dienst am Kunden
v. Carl Bois und Max Hansen
Regie: Hans Deppe

Kurtürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 1/4 Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt
metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Ballett Edwardowa, 10 Brox, 4 Rhyth, Mary — Erik — Paul uv.
Reichshallen-Theater
Anfang 8 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
vom 9. bis 15. Juli
Zum Schluß
„Alles verrückt!“

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl.
C. Rücker, Berlin
Lidtenberger Straße 22, Königsf. 3881
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI
Wanderkarten
L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Königsf.

Blumenspenden
jeder Art liefert prolatwert
Paul Golletz
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 4, Oberbaum 1303

UNSER laufende ROMAN
ILF-PETROW, „DIE 12 STÜHLE“
erschien sieben
IN BUCHFORM
In Leinengeschenkbund M 6, —
erhältlich brosch. „ 3,50
BEI Buchhandlung **DIETZ** BERLIN SW 68
I. H. W. LINDENSTR. 2

Erziehung in den Entwicklungsjahren

Besonders schwierig ist die Behandlung der Jugendlichen in der Pubertätszeit, also in dem Alter, wo der junge Mensch der Kindheit bereits entwachsen ist und wo sich die Einfügung in das Leben der Erwachsenen vollziehen soll. Die körperliche Entwicklung bringt eine Unruhe und Unausgeglichenheit mit sich, und es ist für das spätere Leben von entscheidender Bedeutung, daß in der Pubertätsentwicklung keine Störungen eintreten. Gleichzeitig mit der körperlichen Wandlung treten an den jugendlichen Menschen neue geistige Aufgaben heran. Er beginnt selbständig zu werden, und sehr oft kommt es zu Konflikten mit der Umgebung und besonders der Familie. Der größte Teil der Jugend muß in dieser Reifezeit zugleich in das Erwerbsleben eintreten, was wiederum mit neuen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Berufswahl ist schwer, weil Ueberangebot an Arbeitskräften herrscht und weil die meisten sich eine lange Ausbildung nicht leisten können. Vieles sind schon Jugendliche arbeitslos, was für die spätere Lebensfähigkeit sehr gefährlich ist. Endlich kommt hinzu, daß die Jugendlichen der Gefahr politischer Verhöhnung und Radikalisierung am leichtesten ausgesetzt sind. Ist es doch bekannt, daß die Nationalsozialisten gerade aus dieser Altersklasse großen Zuzug erhalten. Die Zöglinge der Fürsorgeanstalten sind zum größten Teil politisch verkehrt, sie gehören radikalen Gruppen an.

Es ist daher verständlich, daß alle, die mit der Erziehung zu tun haben, den Entwicklungsjahren besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Gewiß, es wird Fälle geben, wo alle Einsicht des Erziehers nichts ausrichten kann, weil etwa eine krankhafte Veranlagung vorliegt oder weil sich Einflüsse der Umgebung geltend machen, die der einzelne nicht ändern kann. Hier kann nur eine wirtschaftliche Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems oder Maßnahmen der Allgemeinheit helfen. Aber es gilt so weit Aufmerksamkeit zu verbreiten, daß wenigstens in den beeinflussbaren Fällen das Richtige getan wird. Die Erziehungsaufgabe duldet keinen Aufschub: der Erzieher muß hier und jetzt handeln, wenn sich seiner Arbeit auch noch so große Schwierigkeiten in den Weg stellen. Vielen Eltern, die mit ihren halbwüchsigen Kindern Schwierigkeiten haben, könnte man helfen, wenn man Belehrung über die Probleme der Reifezeit verbreitet.

Eine ausgezeichnete Darstellung dieser Fragen gibt das Buch „Die Reifezeit“ von Professor Walter Hoffmann, das in dritter, erweiterter Auflage im Verlag von Quelle u. Meyer (Leipzig) erschienen ist. Hoffmann kennt aus der Praxis das Seelenleben des Jugendlichen, deshalb ist sein Buch lebensnah und lebendig. Der eigentlichen Darstellung der Reifezeit ist ein Kapitel über die Kindheit vorangestellt; denn man muß die Entwicklung des Kindes kennen, um das Seelenleben des Jugendlichen zu verstehen. Eingehend werden die geistige, die geschlechtliche und die soziale Reifung behandelt. Das ist ein großer Vorzug des Hoffmannschen Wertes; denn gewöhnlich werden nur die Pubertätsvorgänge im engeren Sinne untersucht. Hoffmann hat recht, wenn er den Prozeß der sozialen Eingliederung für besonders wichtig hält. In der Reifezeit wird entschieden, ob der Mensch ein tüchtiges Glied im sozialen Ganzen wird oder ob er auf Abwege gerät. Durch die Berücksichtigung der sozialen Reifung kommt auch die Sozialpädagogik zu ihrem Recht, das heißt die Erziehung in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Dadurch wird der Fehler vermieden, daß der Jugendliche nur als Einzelwesen untersucht wird. Die sozialen Faktoren sind aber von einschneidender Bedeutung. Ein diebischer Knabe kann eine ganze Klasse verführen.

Hoffmann behandelt auch die bedeutsame Frage „Beruf und Charakterbildung“, die besonders für den jungen Arbeiter wesentlich ist. Die mechanische Fabrikarbeit, vor allem im rationalisierten Betrieb, wird den Jugendlichen wenig befriedigen. Deshalb verlangt Hoffmann mit Recht, daß durch eine vernünftig angewendete Freizeit ein Ausgleich geschaffen wird. Die Monotonie des modernen Fabrikbetriebes ist eine Gefahr, die nur beseitigt werden kann, wenn man für eine gründliche Bildung des ganzen Volkes sorgt. Ferner muß „die Ethik des Berufs“ richtig gestellt werden: der Handarbeiter muß ebenso angesehen und geachtet werden wie der Angehörige eines geistigen Berufes. Mit Recht sagt Hoffmann: „Die Aufzucht ‚nur Arbeiter‘ muß ganz allgemein schwinden. Wer die heutige Form unseres Wirtschaftslebens mit ihrer Differenzierung der Arbeitsprozesse bejaht, der muß auch die ethische Konsequenz ziehen und jedem in seinem Beruf Tüchtigen das gleiche Maß von sozialer Achtung zubilligen.“ Es ist notwendig, dieser Gesinnung Bahn zu brechen, damit der jugendliche Arbeiter nicht von dem Gefühl beherrscht wird, er sei zu einer wertlosen mechanischen Arbeit verurteilt. Der Jugendliche muß erkennen, daß in der heutigen Gesellschaft Arbeitsteilung notwendig ist und daß der Wert des Menschen nicht davon abhängt, ob er Arbeitsblufe oder Stehtrager trägt. Hoffmann fordert deshalb weitgehende Volksbildung: „Somit ist Volksbildung kein Luxusartikel, auch keine parteipolitische Angelegenheit, sondern ein Gebot nationaler Selbsterhaltung. Bei unserer heutigen Wirtschaftslage mit ihrer seelischen Differenzierung liegt sonst die Gefahr nahe, daß die geistigen und sittlichen Grundlagen der Kulturgemeinschaft gesprengt werden.“

Hoffmann gibt nirgends einfache „Rezepte“, nach denen man den Jugendlichen behandeln kann. Das ist durchaus richtig, denn die Erziehung darf niemals schablonenmäßig vorgehen. Der Leser gewinnt vielmehr ein lebendiges Bild des Jugendlichen und seiner Probleme, diese Gesamteinficht wird ihm mehr helfen als billige Verhaltensregeln. Wer sich in das Seelenleben des Jugendlichen einleben kann, der wird bessere Erfolge erzielen als der Erzieher, der nach einem Schema vorgeht. Hoffmann gibt charakteristische Beispiele aus seiner ausgedehnten Praxis im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen. Der aufmerksame Leser wird hieraus sehr viel lernen können.

Der Umgang mit Menschen und besonders mit Jugendlichen läßt sich nicht lernen wie etwa Lesen oder Rechnen. Der gute Erzieher ist Künstler. Aber ebenso wie der gute Musiker sich auch mit der Theorie seines Gebietes beschäftigen muß, leistet auch dem Erzieher die Theorie große Dienste. Die Kenntnis der Jugendpsychologie und ihrer Ergebnisse ist notwendig, wenn auch allein nicht ausreichend, um gut zu erziehen. Auf diesem wichtigen und schwierigen Gebiet ist das Buch von Walter Hoffmann ein wertvoller Führer. Das Buch sollte durch die öffentlichen Bibliotheken auch denen zugänglich gemacht werden, die sich die Anschaffung nicht leisten können.

Dr. S. Weinberg.

Kampf trotz der Not!

Weitere Vorschläge zur Erwerbslosenhilfe

Zu den Ausführungen des Genossen Jabczynski über seine Erwerbslosenveranstaltungen im Kreis Friedrückshain erbolten wir weitere Zuschriften aus Genossentrieben, die wir gerne der Leserschaft mitteilen. Wir sind allerdings nicht der Ansicht des Genossen Fournes, daß der langfristige Erwerbslose aus seiner verzweifeltten und hoffnungslosen Situation heraus gegen geistige Darbietungen abgestumpft ist. Im übrigen halten wir den Vorschlag des Genossen Journes für beachtenswert.

Schafft Arbeiterheime!

Die erste Zuschrift lautet:
Zu dem Artikel „Kampf trotz aller Not“ in der Ausgabe des „Abend“ vom 2. Juli 1931, gestatte ich mir, folgende Anregung zu geben:

Ohne den Wert der geschilderten Erwerbslosenveranstaltungen irgendwie zu verkennen, halte ich diese allein nicht für ausreichend, um eine wirksame Werbetätigkeit unter den Erwerbslosen durchzuführen zu können, und das scheint mir eine unaufschiebbare Hauptaufgabe der Partei sein zu sollen.

Gerade bei den Erwerbslosen ist eine überzeugende und wirksame Werbearbeit unerlässlich, denn gerade der Erwerbslose ist in seiner hoffnungslosen Verbitterung allen Einflüssen preisgegeben, und da nichts so wie Verzweiflung geeignet ist, den klaren Blick zu trüben und hemmungslose Leidenschaft zu fördern, führt gerade die Erwerbslosigkeit viele unter normalen Verhältnissen treue und brauchbare Parteigenossen dem Radikalismus zu.

So sehr jeder Weg, der die Erwerbslosen zur Partei führt, zu begrüßen ist, scheinen mir die bisher erörterten Mittel für einen Erfolg nicht ausreichend. An Bildungskursen und Vorträgen werden sich nur immer diejenigen beteiligen, deren Denkermögen und Empfindungen durch die Not noch nicht völlig abgestumpft ist, diese aber sind in dem Sinne, daß sie der Partei verloren gehen könnten, an sich nicht gefährdet.

Dagegen sind die Tausende, die die jahrelange Not bereits stumpf gemacht hat, damit nicht zu erfassen und sie, die die große Mehrheit bilden, die das ewige Gleichmaß der Entbehrung zu einer urteils- und hoffnungslosen Verzweiflung geführt und dem Einflusse aller Leidenschaften ausgeföhrt, in Gefahr, der Partei verloren zu gehen.

Diesen Bedauernswerten nun ist zweifellos mit Kursen und Vorträgen allein nicht beizukommen, da sie in ihrer aus Verzweiflung verursachten Stumpfheit weder die erforderliche Einsicht für den Wert dieser Arbeit, noch die Kraft zu ihrer Beteiligung an solchen Veranstaltungen, mehr aufbringen. Sie werden vielmehr für diese Idee nur gewonnen werden können, wenn ihnen neben rein geistigen auch materielle Annehmlichkeiten geboten werden.

Was den erwerbslosen Genossen in erster Linie fehlt, ist die Möglichkeit zu einer kostenfreien Geselligkeit unter Gleichgesinnten. Heute sind sie entweder auf die Wirtschaft oder die Anlagen angewiesen. Hier muß Wandel geschaffen werden.

Es müßte ein Leichtes sein, ohne erhebliche Mittel eine reichlich vorhandene leere Fabriketage zu mieten, um in dieser ein Arbeiterheim zu errichten. In diesem muß Gelegenheit zum Spiel (Billard usw.) gegeben sein. Ein Vortragsaal muß Gelegenheit für ständige Abhaltung von Vorträgen und anderen Darbietungen geben. Dabei muß die Entnahme von nur alkoholfreien Getränken und Speisen zu mäßigsten Preisen gewährt werden. Ein solches Heim wird stets besucht sein, es wird die Besucher, die überzeugt werden, daß ihr Schicksal soweit wie nur möglich durch die Partei erleichtert wird, dieser wieder näher bringen. Und es wird, das scheint mir die Hauptsache, diese entspannen und Ziele und Handeln der Partei wieder begrifflich werden lassen.

Dabei erfordert die Durchführung dieser Anregung kein erhebliches Risiko. Der Wirtschaftsbetrieb kann, wenn die Arbeit durch ehrenamtliche Mitarbeit der Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt gefördert wird, bei vernünftiger Wirtschaftsführung die laufenden Unkosten decken. Daß diese Einrichtung die Unterstützung aller Parteigenossen finden würde, scheint außer Frage.

Bei geschickter Lösung der Raumfrage ist die Beteiligung der Sportler, Frauen und anderer nicht gern in Alkoholbetrieben tagender Gruppen wahrscheinlich, wodurch sich die Rentabilität sichern würde. Werden die Kulturorganisationen wie Abstinente, Naturfreunde usw. in geschickter Weise beteiligt, steht die Wirtschaftlichkeit außer Zweifel.

Ein Versuch, vielleicht läßt sich der arbeiterreiche 3. Kreis deswegen, einen solchen zu wagen, wird die Richtigkeit dieser Auffassung überzeugend beweisen.

Wilh. F. Fournes.

Ein Beispiel praktischer Solidarität

In der zweiten Zuschrift heißt es:

Als langjähriger kaufmännischer und technischer Leiter in Schuhfabriken richte ich aus Gewohnheit meinen Blick stets zuerst auf das Schuhzeug der Menschen und sehe, wo ich selbst schon fast zwei Jahre arbeitslos bin, auf das der Erwerbslose, auf den Stempelstellen in erster Linie. Was ich da schon an schiefen Abfäßen und zerrissenen Sohlen gesehen habe, läßt sich gar nicht schildern. Für einen Arbeitsturnus „Wie halte ich mein Schuhzeug in Ordnung?“ stelle ich mich daher zur Verfügung. Genossinnen und Genossen, Jung und Alt, können das mit wenig Mühe lernen. Diejenigen aber, die mit Lust und Liebe dabei sind, können die ganze Fabrikation theoretisch und praktisch lernen, wenn wir über die ersten Vorbedingungen hinauskommen sollten und uns die Partei ein klein wenig helfen würde. Ich bitte mich mit denen, die guten Willens sind, das Los der Erwerbslosen zu erleichtern helfen, und die an meinem Vorschlag Interesse haben, zusammenzuführen.

Mit sozialistischem Gruß

W. Krebs.

Jugendliche Verbrecherbanden?

Die „Gefahren“ der Jugenddeliquen

Unsere Gegenwart mit ihrer erschreckenden sozialen Notlage hat zum Teil Verhältnisse unter der Jugend heranwachsen lassen, die für die Ordnung gefährlich werden können. In der Presse begann ein Räffelrat um die Ursache, ohne an die sozialen Hintergründe heranzurufen. Man hat z. B. entdeckt, daß „jugendliche Verbrecherbanden“ überhand nehmen.

Tatsächlich wird in vielen Unterweltvereinen das jugendliche Element eine wichtige Rolle spielen. Das wäre erklärlich mit der Abenteuerlust, die nun einmal im jugendlichen steckt. Hinzuzufügen ist aber, daß durch die sozialen Verhältnisse heute ungeheuer viele gerade 17- bis 21jährige wurzel- und heimatlos werden, heimatlos vor allem im familiären Sinne. Die Arbeitslosigkeit drückt Monat um Monat, Jahr um Jahr gerade solche mit Allgewalt, denn überall werden die Jüngeren, die beruflich noch nicht fest verwurzelt sind, entlassen. So mancher Vater, der Arbeitslosigkeit nicht kennt, führt die Arbeitslosigkeit seines Sohnes auf „Faulheit“ zurück. In diesem Falle wie auch in Fällen allzu großer eigener sozialer Notlage befreien sich gern die Eltern von solchen „überflüssigen Fressern“, und jetzt kommt der Jugendliche in Kreise, in die er seiner Natur nach nicht gehört. Wir haben so oft in der Arbeit mit den erwerbslosen Jugendlichen die Tatsache erlebt, daß sich darunter prächtige Menschen, fähige Köpfe, gewählte Charaktere befinden, die nur durch die falsche Ordnung der gesellschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse hoffnungslos der Verkommenheit in den Großstadtkloaken ausgeliefert wurden. Diese Vorbedingungen muß man kennen und erkennen, um urteilen und eventuell verurteilen zu können.

Nach einer Pressemeldung sollen in Berlin an viertausend Jugendliche in etwa hundert Jugenddeliquen leben. Es dürften sogar mehr sein, doch das ist nicht entscheidend. Was uns gefährlich erscheint, ist das, daß man im bürgerlichen Lager das Bestehen von Jugenddeliquen an sich schon für die Heranbildung von jugendlichen Verbrecherbanden verantwortlich machen möchte. Das ist absolut verfehlt. Mögen die Namen „Lartarenblut“, „Santa Fe“, „Modderkreds“, „Nordpiraten“, „Ospiraten“, „Heideblume“, „Nordlicht“ und so viele andere noch so anrüchig klingen, so verbirgt sich darunter sehr oft lediglich vergrößerte Wandervogelromantik.

Die Entwicklung solcher Vereine und Jugenddeliquen datiert nicht erst seit heute und gestern. Sie begann sofort nach dem Kriege, als das allgemeine Freiheitsgefühl die Wanderbewegung und die Naturfreundlichkeit fährte. Nicht nur die organisierte Jugend wurde davon erfaßt, sondern auch jene Jugend, die bisher nie Jugend- und Wanderorganisationen mit ihren Lebensregeln kennengelernt hatte, und zu einem großen Teile war es dabei wieder Jugend, die von den

sozialen und seelischen Nöten des Krieges angekränkt war und nun nach einem Ausweg suchte. Schon damals tauchten alle die schönen Namen auf, die oft lediglich aus dem Hang am Abenteuerlichen, aus purem Angebertum geboren waren. Es entstanden Ringzusammenfassungen, wie im „Roten Wanderring“, in der „Freien Junft“, im „Freien Wanderring“. Da waren durchaus ernst zu nehmende Organisationsformen, und ihre Führer bemühten sich sehr um die Erziehung ihrer Gefolgschaft. Was Wunder, daß diese vorerst den Strohenjargon, den Kaskemmenton in die Natur trug, denn sie war es nicht anders gewohnt. Und niemand mochte diese „wilden Wanderer“ ihres rüden Tones wegen. Jeder „anständige“ Jugendbewegte machte einen weiten Bogen um sie. Man sah nicht, daß es darunter viele Berirre, sozial gleich uns Getretene gab. Man suchte ihnen auch dort nach neuer Betätigung mit neuen Lebenszielen, wenngleich oft in unpassendsten Formen.

Sozialistische Jugend- und Wanderverbände und Jugendämter bemühten sich um solche „Cliquen“. Der Schreiber dieses nahm mit anderen Vertretern der Arbeiterwanderbewegung und Vertretern des Jugendherbergsvorstandes sogar an einem „Reichskongreß“ des Freien Wanderrings im Jahre 1923 teil und fand dort viel ernstes Streben. Nur fehlte es überall an der richtigen Hilfe. Und heute kann sehr wohl behauptet werden, daß vieles Ueble abgewehrt worden wäre, wenn man mit der Arbeit, die heute — sehr richtig und sehr wichtig — an der erwerbslosen Jugend geleistet wird, schon damals begonnen hätte. Das ist der Mangel, daß man sich der guten Arbeitsmethoden oft reichlich spät entsinnt. Und dann entstehen üble soziale Erscheinungen, die wohl jeder verurteilen, für die man aber auch die richtige Erklärung finden muß, um das gesellschaftlich und sozial Untragbare an der Wurzel ausrotten und künftigen schlimmen Entwicklungsgängen vorbeugen zu können. Deshalb darf man unter keinen Umständen das Bestehen der Jugenddeliquen an sich verdammen. Sie sind — zu besseren Organisationsformen umgebildet — sogar gesellschaftlich notwendig, denn sie fördern den Zusammenhalt unter der Jugend, erleben manchem Jugendlichen die Familie, die ja oft in ihrem Gemeinschaftsgehalt nicht mehr besteht, und pflegen vor allem einen hohen Grad an Gemeinschaftsarbeit.

Daß es daran in vieler Hinsicht und in vielen Gruppen noch mangelt, ist Schuld nicht dieser Gruppen, sondern der Gesellschaft, die eine solche anarchische und unsoziale Entwicklung der Lebensverhältnisse duldet. Will man also dem Uebel abhelfen, gilt es, die Verhältnisse umzuwandeln. Inzwischen ist vor allem die Arbeit an der erwerbslosen Jugend durch Jugendämter und Jugendorganisationen auszubauen. Das ist eine pädagogische, soziale und kulturelle Pflicht!

Adolf Lau-Berlin.

Jubiläumswettfahrten der Freien Segler

am 12., 18. und 19. Juli

Die größte sportliche Veranstaltung des Freien Segler-Verbandes im 30. Jahre seines Bestehens steht vor der Tür: Die Jubiläumswettfahrten auf dem Tegeler See. Ein friedliches „Wettkämpfen zur See“ herrscht auf den Bootsplätzen der Arbeitersegler, den Fahrzeugen wird die ganze Aufmerksamkeit geschenkt. Lack- und Farbenpinsel werden geschwungen und das Unterwasserhörn wird sorgfältig mit Anwuchs und allen Unebenheiten gereinigt; denn mitentscheidend für den Sieg ist außer dem Steuermann und seiner Befahrung die einwandfreie Beschaffenheit der Außenhaut des Bootes.

Vorsichtig werden von den jungen, in der Wettfahrttechnik noch nicht so „betauten“ Seglern die alten Wettfahrtskämpfer ausgehört. Doch ihre Wortfargheit in der Preisgabe von Regattatipps ist bekannt. Aber trotz einschneidender Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit herrscht unter den Arbeitersegler ein Sportsgeist, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wenn man berichtet kann, daß 322 Boote zu den Wettfahrten gemeldet haben, so spricht die Zahl für sich. Wo kamen jemals im bürgerlichen Sport derartige Meldungen, trotz der vielen „Repräsentationssegler“ zustande? Und auch der Verband läßt es sich angelegen sein, in diesem Jahre, wie in jedem Jahre zuvor, aber diesmal in verstärktem Umfange, zu den Unkosten beizusteuern.

Die Jubiläumswettfahrten, das bisher größte Treffen der Vereine des Freien Segler-Verbandes, findet am 12., 18. und 19. Juli auf dem Tegeler See statt. Die Start- und Ziellinie liegt vor der Insel Lindwerder, auch „Liebesinsel“ genannt. Die Wettfahrten beginnen Sonntag, 12. Juli, um 11 Uhr, Sonnabend, 18. Juli, um 15 Uhr und Sonntag, 19. Juli, um 10 Uhr. 322 Bootseigner stehen mit ihrer Befahrung zum ehrlichen Wettstreit bereit!

An den Wettfahrten ist beteiligt der Kreis Berlin im Freien Segler-Verband mit 17 Vereinen der Gruppe Ost mit 173 Booten und 10 Vereinen der Gruppe West mit 104 Booten. Als mitgestigender Verein hat es sich die Tourensegler-Vereinigung Legel nicht nehmen lassen, die Höchstmeldung von 39 Booten obzugeben. Dann folgt, als ebenfalls gastgebender Verein, der Wassersport-Verein „Nordstern“ mit 15 Meldungen. Der Verein Spandauer Jollensegler, führend bei der Punktverteilung zum „Schmid-Wanderpreis“, wartet mit 12 Meldungen auf, folgend der Segler-Verein Stöckensee mit 10 Meldungen und die Freien Segler Vorpommern mit der gleichen Zahl. Der Segler-Club Binneimisterhorn wartet mit 9 Meldungen auf. Sportlicher Ehrgeiz befehlte auch den noch jungen „Freien Segler-Verein am Wannsee“ zur Abgabe von 7 Meldungen. Die Freien Segler Saatwinkel taten das gleiche durch Abgabe von 6 Meldungen. Dann folgen der Wassersport-Verein „Waldkater“ und die Wandersegler Bichswerder mit je 3 Meldungen.

In der Gruppe Ost führt im Verhältnis zu den großen Vereinen der Segler-Verein Rahnsdorf als zweiter Punktanzwärtler auf den Schmid-Wanderpreis mit 22 gemeldeten Booten. Der Segler-Club „Fraternitas“ schied die gleiche Bootszahl an den Start. Eine hundertprozentige Beteiligung seiner regattafähigen Fahrzeuge stellt der Verein Freie Segler Müggelsee, da 18 Meldungen vorliegen. Die gleiche Zahl liegt von der Freien Vereinigung der Tourensegler Grünau vor, jedoch liegt das Meldungsverhältnis gegen früher diesmal wesentlich niedriger. Der Wassersport-Verein 1921 hat 16 Boote gemeldet. Eine gute Meldenzahl hat auch der Segler-Club 1919 mit 14 Booten zustandegebracht, ebenfalls der Verein Berliner Jollensegler mit 13 und die Segler-Vereinigung Niederschönweide mit 11 Meldungen. Mit 12 Booten im Verhältnis zur Bootszahl des Vereins wenigen Meldungen, dafür aber guten Booten beteiligt sich der Segler-Club 1898. Neun Meldungen liegen vom Wassersport-Verein „Welle“ vor. Dann folgen der Segler-Club Wendischloß mit 5, der Segler-Verein „Freiheit“ und die in diesem Jahre im Verband aufgenommene Wassersport-Vereinigung 1929 mit je 4, der Segler-Club „Neolus“ mit 2, der Wassersport-Verein Croßensee, der Segler-Club Hansa, Berlin, und die Tourensegler Jouthen mit je einer Meldung. Auch zwei Boote von Einzelmitgliedern beteiligen sich an den Wettfahrten.

Bis aus Lübeck kommen sie!

Eine besondere sportliche Note erhalten die Wettfahrten durch die starke Teilnahme von Booten auswärtiger Vereine. Nicht weniger als 33 Boote von sechs auswärtigen Vereinen werden an den Start gehen und so manche harte Rufe wird den Berlinern durch gutes Bootsmaterial und vorzügliche Steuerleute zum Anaden gegeben werden. Ein besonderer Schleppzug trifft aus Rathenow-Brandenburg ein, mit 3 Booten von den Freien Seglern Rathenow, zwei 15-Quadratmeter-Wanderjollen und einer Ausgleichsjolle. Vier 15-Quadratmeter-Wanderjollen, eine 10-Quadratmeter-Rennjolle und neun Kreuzer, darunter fünf 35-Quadratmeter-Kreuzer, größtenteils Selbstbauten, kommen vom Segler-Club „Nord-West“, Brandenburg, und elf Boote. Drei 15-Quadratmeter-Wanderjollen, eine 15-Quadratmeter-Rennjolle und sieben Ausgleichjollen kommen von den Freien Seglern Brandenburgs. Vom Wassersport-Club „Sturmvogel“, Magdeburg, wird eine 15-Quadratmeter-Wanderjolle an den Wettfahrten teilnehmen. Per Bahn kommen vom Segler-Verein Wakenitz, Lübeck, zwei Neubauten der 20-Quadratmeter-Rennjollenklasse und vom Segler-Club „Hansa“ Lübeck eine 22-Quadratmeter nationale Binnenjolle und eine 15-Quadratmeter-Rennjolle.

Klassenboote in der Wettfahrt

Ein erfreuliches Zeichen im Arbeiterseglerport ist das Heranwachsen der Klassenfahrzeuge, wovon zu den Wettfahrten 189 Boote der verschiedensten Typen gemeldet haben. Auf die Ausgleichsfahrzeuge entfallen 133 Fahrzeuge. An Klassenbooten haben gemeldet: 2 Sonderklassen, 2 Boote der 35 Quadratmeter nationalen Kreuzerklasse, 7 Boote der 30 Quadratmeter Rennjachten-Klasse und 9 Boote in der A- und B-Klasse der 20 Quadratmeter Kielbootklasse. Die 22 Quadratmeter nationale Binnenjollenklasse ist mit 9 Booten vertreten. Gute Startfelder werden auch die 20- und 15-Quadratmeter-Rennjollen zeigen. Bei den 20-Quadratmeter-Rennjollen gehen 27 Boote der A-Klasse und 5 Boote der B-Klasse an den Start. Heiße Kämpfe werden nicht ausbleiben, da das Feld durch 6 Neubauten belebt wird. Ein neuer „Bum-Bum“ ist entstanden und die Lübecker sind, so oft sie in Berlin waren, nie ohne Erfolg von bannen gezogen. Die 15-Quadratmeter-Rennjollenklasse stellt 33 Boote mit 26 Booten in der A-Klasse und 7 Booten in der B-Klasse. Auch hier treffen sich die Alten wieder, aber so manche Neuerscheinung wird zu beachten sein. Ein selten gebotenes Bild wird sich beim Start der 15-Quadratmeter-Wanderjollenklasse, der stärksten Klasse im Regattafeld, bieten, wenn 41 Boote dieser Klasse, davon 38 Boote in der A-Klasse, über die Startlinie raschen werden. Wie beliebt gerade diese Klasse geworden ist, beweist die Zahl der bis dahin von keiner anderen Klasse erreichten Meldungen. „Freiheit IV“, „Konchi“, „Lola“ und „Jewel“, die Sieger bei den Frühjahrs-wettfahrten, werden auf der Hut sein müssen, da sich unter

den gemeldeten Booten allein fünf befinden, die noch ein unbeschriebenes Blatt sind.

Mit je 5 Booten stellt sich die 15-Quadratmeter-Halbrennjollen- und die 20-Quadratmeter-Wanderjollenklasse den Startern. Gut beschriftet bei gutem Material sind die 10-Quadratmeter-Renn- und Wanderjollenklassen; 16 und 18 Meldungen in den A- und B-Klassen für beide Bootsgattungen liegen vor. Die 20-Quadratmeter-Jollen-Kreuzerklasse ist diesmal nur mit 5 Meldungen vertreten, jedoch befinden sich darunter die Neubauten „Frohinn“ und „Ohio“. Gleichfalls 5 Boote starten in der 15-Quadratmeter-Jollenkreuzerklasse. An Ausgleichsbooten starten 19 Boote der Ausgleichskreuzer und 7 Florentiner, ferner 7 Ausgleichsjollenkreuzer in zwei Klassen und 3 Kleinschwerboote. Die Ausgleichsjollen sind mit 97 Meldungen vertreten, die in 12 Klassen starten werden. Auch in diesen Klassen werden sich harte Kämpfe abspielen, da die berühmten „Schnellläufer“ fast restlos vertreten sind.

Wenn die Schleppzüge fahren!

Werbend für die Ziele des Freien Segler-Verbandes werden die drei Schleppzüge mit den 173 Booten sein, die Sonnabend, 11. Juli, durch die Stadt nach dem Tegeler See zu den gastgebenden Vereinen fahren. In der Zeit von 11 bis 14 Uhr werden die Schleppzüge die Berliner Brücken passieren, alle diejenigen, die heute noch fern der Organisation stehen und sich zum Teil, trotz ihrer Befahrung noch im bürgerlichen Sportlager befinden, daran erinnernd, daß der Freie Segler-Verband nur allein die Sportorganisation ist, in die sie gehören. Sonnabend, 11. Juli abends, steigt dann der oblitrate Saatwinkel veranstaltet. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß für die Gäste, die die Wettfahrt aus nächster Nähe beobachten wollen, ein Dampfer zur Verfügung steht, der die Wettfahrtbahn abfährt. Abfahrt vom Wassersport-Verein „Nordstern“ eine Stunde und von der Tourensegler-Vereinigung Legel eine halbe Stunde vor dem jeweiligen Start.

Viel Arbeit ist bisher von den gastgebenden Vereinen geleistet worden, aber viel Arbeit muß noch geleistet werden, denn 250 Boote sollen sachmännlich untergebracht werden. Aber am Sonnabend ist alles bereit zum Empfang! Wenn auch befürchtet wird, daß durch die vielen Boote der Tegeler See über die Ufer treten könnte, so wäre zu wünschen, daß die Wettfahrten nicht allzu sehr durch atmosphärische Einbrüche gestört werden, damit ein völliges Gelingen der Wettfahrten gegeben ist, da schon ohnehin durch die Zahl der gemeldeten Boote, die Steuerleute beim Absegeln der Runden, die größte Aufmerksamkeit walten lassen müssen. W. T.

„Der spannende Moment“ Der Photowettbewerb beim RAST

Anlässlich des Reichs-Arbeiter-Sport-Tages hatte die Berliner Arbeitsgemeinschaft des Arbeiter-Lichtbild-Bundes neben ihrer Ausstellung einen Photowettbewerb mit dem Titel „Der spannende Moment“ ausgeschrieben. Mit diesem Wettbewerb wollte die Arbeitsgemeinschaft allen Arbeiter-Lichtbildnern einen Anreiz zum selbstbewussten Arbeiten, zum Schaffen von gutgezeichneten Sportbildern geben. Daß dieser Aufruf gesiegt hat, bewiesen die überaus zahlreichen Eingänge, die kürzlich vom Preisrichterkollegium gesichtet wurden.

Zwischen all den herrlichen „Momenten“ zu wählen, fiel wirklich schwer, denn die gespanntesten Strahlensallen hatten durchweg Gutes erbracht. Als beste Leistung wurde ein Bild der Freien Photovereinigung Berlin (Hugo Matwald) gewertet, das sowohl im Aufbau wie in der Gesamtwirkung dem Thema am nächsten kam. Alle prämierten Bilder werden in der Bildbeilage des „Vorwärts“, „Volk und Zeit“, veröffentlicht.

Auch dieser Wettbewerb hat wieder einmal gezeigt, daß die besten Leistungen größtenteils von den Mitgliedern des AVB erzielt wurden; ein Zeichen und ein Mahnruf an all diejenigen Amateure, die noch dem AVB fernstehen und zumeist einer gedankenlosen Knipserei obliegen. Die Vereine der Berliner Arbeitsgemeinschaft des AVB, die sich in allen Stadtteilen befinden, bieten ihren Mitgliedern nicht nur sachgemäße Ausbildung, sondern auch regelmäßige Dunkelkammerbenutzung mit allen technischen Apparaten. Da die Ausübung der Amateurphotographie immerhin mit



Das Rathaus in Wien

vor dem auch bei der diesmaligen Arbeiter-Olympiade vom 23. bis 26. Juli die Sportler aufmarschieren werden.

mehr oder weniger hohen Kosten verknüpft ist, dürfte der verbilligte Bezug von Photomaterial schon Grund genug zum Organisationsanschluß sein. Von großer Bedeutung ist das Organ des AVB, „Das neue Bild“. Diese, von allen Fachkreisen anerkannte, hervorragende Monatszeitschrift, wird vom AVB ständig verbessert und bietet jedem, der Freude am schönen Bild empfindet, etwas. Außer den besten Photos findet der Amateure Auffgabe erster Fachleute, Ratsschläge, Bilderkritiken usw., so daß sie auch für jedes Nichtmitglied empfehlenswert ist. Alle Anfragen über den Bezug der Bundeszeitschrift sowie in Vereinsangelegenheiten sind an den Vorsitzenden, Artur Tiedner, Hohenschönhausen, Große-Leege-Str. 56, zu richten.

Ergebnis des Photowettbewerbs: 1. Preis Hugo Matwald (Freie Photovereinigung), 2. Preis W. Riedemeyer (F. B. Naturfreunde), 3. Preis Hugo Matwald, 4. bis 6. Preis Riedemeyer, 7. Preis Hugo Matwald (F. B.), 8. Preis W. Riedemeyer (F. B.), 9. Preis W. Reumann (F. B.), 10. Preis Dr. Rosenhol, 11. Preis R. Müller, 12. Preis G. W. Klinger, 13. Preis W. Kaufmann, 14. Preis Paul Häbner (F. B. Naturfreunde), 15. Preis Ernst Schramm.

Schmierentheater

Der kommunistische Parteiladen hat jetzt Kaskamette eingesetzt. Die Rot des Reiches und der Arbeiterchaft ist den gewissenlosen Volksverbehern gerade gut genug, um daran die faule Parteiluppe zu lachen. Der neueste Kaskamette ist die Herausstellung bürgerlicher Sportler, die plötzlich ihr proletarisches Herz entdeckt haben sollen. Allen voran seine bürgerliche Prominenz der Herr Tanski. Daß diese nationalbolshewistischen Plakettensäger nun mit einmal den Weg des Heils in das Lager Thälmanns gefunden haben, daran ist natürlich die Sozialdemokratie schuld. Deshalb lassen denn auch die Herrschaften im „Rot Sport“ einen Phrasenschein los, in dem sie dreist und gottesfürchtig behaupten, die Arbeiterolympiade in Wien diene den Profitinteressen des Unternehmertums! Was diese eben aus dem nationalistischen Ei herausgetroffenen Piepmähen sich nur einbilden! Man weiß nicht, wer von den beiden, die kommunistischen Drahtzieher oder ihre bürgerportilligen Hampelmänner, den traurigsten Mut aufbringt. Hätten die Drahtpuppen nur einen Funken politischen Taktgefühls, sie müßten sich schämen, ein solches Zeug zu verzapfen, denn wer gestern noch im Lager der Faschisten stand, dem sieht es schlecht an, heute sich revolutionär zu geben. Was wird man für Juckerbrot angeboten haben, um diese Leute für den roten Laden zu gewinnen. Und wie schön der Chor der Neubesetzten schon den bolschewistischen Kirchenpsalm singen kann! Das klingt beinahe so lieblich wie die Stimme des Herrn Grube. Wir wetten, daß dieser viel schwächende Zeitgenosse den Sermon selbst verbrochen hat, höchstens könnte der kleine Fressling Lech dabei noch geholfen haben.

Sollte unter den Lesern des „Rot Sport“ noch jemand sein, dem das Gehirn noch nicht total verkleistert ist, dann dürfte sich ihm die Frage aufdrängen, wie es denn möglich war, daß so gläubige Bolshewisten sich bisher in den bürgerlichen Vereinen herumtreiben konnten, und noch dazu als Pokal-, Plaketten- und Ehrenpreisträger. Man kann doch wohl nicht annehmen, daß diese Zeitgenossen über Nacht des Heils teilhaftig geworden sind. Deshalb gehen wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Unterzeichner des Aufrufs als Hauptattraktionen der Spartakiade „gezogen“ worden sind und daß sie nun nach dem Verbot ein papierenes Ratsch austragen müssen, um wenigstens einen Teil der Kosten wieder herinzubringen.

An dieser Farce ist nur eines unbegreiflich, daß es im Rotportlager nicht noch ehrliche Menschen gibt, denen bei diesem Schmierentheater nicht übel wird. Welche bedingungslosigen Fortschritte muß doch der politische Verblödungsprozess schon gemacht haben, wenn so etwas ernst genommen wird!

Kleiner Sport von überall

Abendsporfest bei der FIOB. Die Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirk Nordring, veranstaltet Sonnabend, 11. Juli, ab 17 Uhr, ein Abend-Veresparisfest auf dem Sportplatz an der Schönhauser Allee. Die Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Ausschreibung: Männer 200 Meter, 1000 Meter, Speerwerfen (drei Mann eine Mannschaft), Weitsprung, Schwedenstapel, 4 x 100 Meter, 10 x 200 Meter. Frauen 100 Meter, 4 x 100 Meter, Kugelstoßen, Hochsprünge. Jugend: 100 Meter, Speerwerfen, Kugelstoßen, 4 x 100 Meter Schwedenstapel. Meldungen werden erbeten an Hermann Arndt, Berlin N. 113, Bornholmer Straße 90.

Revanchetreffen Sawall-Kremer-Urago auf der Olympiabahn. An ihrem nächsten Renntage, dem 19. Juli, wird die Olympiabahn wiederum mit einem großen Programm aufwarten, das demjenigen des letzten Renntages mit dem so fesselnd verlaufenen Kampf um das „Goldene Rad“ in keiner Weise nachstehen wird. Die Direktion der Olympiabahn hat auf besonderen Wunsch von Sawall dessen Bezwingen Kremer und Urago wiederum für die Teilnahme gewonnen, außerdem sollen noch drei weitere Dauerrfahrer der internationalen Extraklasse herangezogen werden.

ADAC-Reichsfahrt abgefragt wegen der Benzinpreiserhöhung! Die Absicht des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs, in diesem Jahre nach mehrjähriger Pause wieder die Reichsfahrt zur Durchführung zu bringen, läßt sich leider nicht verwirklichen. Die durch die Notverordnung bedingte Erhöhung der Betriebsstoffpreise ist nach Ansicht des ADAC untragbar, und so hat man sich wohl oder übel entschlossen, die für den Herbst geplante Reichsfahrt abzusagen.

Das Bootshaus der „Freien Wasserfahrer Aufwärts“ ist nun nach Fertigstellung der Innenarbeiten bezugsfertig und Sonnabend, 11. Juli, werden die Boote ihren Einzug halten. Das Bootshaus befindet sich in Tege, Bernauer Straße, auf dem Gelände der Wasserwerke, Eingang Uferpromenade, von der Haltestelle Gaswerte in 25 Minuten (Sonntags findet ein Privatautoverkehr statt) zu erreichen. Alle Wasserfahrer, die Interesse an einem Bootsstand haben, können sich Sonnabends oder Sonntags im Bootshaus melden oder schriftlich anfragen bei Fritz Dietrich, Berlin N. 65, Dubliner Str. 64.

Pistulla-Kampf am 31. Juli. Der Kampf um die Europameisterschaft im Halbschwergewicht zwischen Meister Ernst Pistulla und seinem Landsmann Adolf Heuser-Bonn ist jetzt auf den 31. Juli angelegt worden. Der Kampf soll im Rahmen einer großen Freikampftveranstaltung im Stadion zu Köln-Müngersdorf stattfinden, doch interessieren sich auch Hamburger und Berliner Veranstalter für diese „Nummer“.

Bundesneue Vereine teilen mit:

Freie Wasserfahrer Rügen 1924, Sonntag, 12. Juli, beteiligt sich alles an Spiel- und Sportveranstaltungen am Rostocker See. — Am 18. Juli Segelfahrt zum Seebalke (Röhe Göttersee Graben). — 25. Juli zur „Alten Lichtung“.
Freie Renn-Union Groß-Berlin, Abt. Spandau: Donnerstag, 9. Juli, 18 Uhr, Trainingsabend im Bootshaus. Abt. Obersee: Freitag, 10. Juli, 18 Uhr, Beschlusssitzung; 20 Uhr Sitzung zur Eiche, Kreuzlin, Raiser-Friedrich-Edle Gassestraße.